

Wöchentlich 80 Bl., monatlich 2,50 M. im voraus zahlbar, Vollebezug 4,50 M. einschließlich 50 Blg. Postgebühren und 72 Blg. Postbestellgebühren. Kassenabonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Fremder“, „Frauenstimme“, „Tatort“, „Bild in der Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konpressivität des „Vorwärts“... (Text continues with details about the paper's content and subscription information)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. P. u. Disz.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Otto Braun in Ostpreußen.

Eine Rede über die Universitäten und über die Korridorfrage.

Königsberg, 24. November.

Bei der Grundsteinlegung zum Neubau der Handelshochschule sprach der preussische Ministerpräsident Otto Braun:

In der heutigen Zeit gehört sehr viel Mut und eine große Portion Optimismus dazu, dem Aufbau einer akademischen Behörde öffentlichen Lebens zeitigt. Das hat bereits zu betrüblichen Vorkommnissen an verschiedenen Hochschulen geführt, aber, meine Herren, bei der Beurteilung dieser Vorkommnisse sollen wir die durch die Zeitumstände in geistige Wirrisse geratenen jungen Menschen nicht scheitern lassen.

Müssen wir auch die Staatsautorität gegen Unbotmäßigkeit und Gehesverletzung zur Geltung bringen und auch der akademischen Jugend klar machen, daß akademischer Boden nicht Freiland für Gehesverletzung und Zuchtlosigkeit ist, so müssen wir andererseits uns aber auch bemühen, die jungen Menschen zu verstehen.

Auf ihre Kindheit fielen die Schatten der Kriegsjahre. Ihre eindrucksvollste Zeit, die für die Formung ihres Charakters entscheidenden Entwicklungsjahre fielen in die Periode der stärksten Gärung und Umwälzung der Nachkriegszeit mit ihren geistigen und wirtschaftlichen Reizen, und jetzt stehen sie zum Teil bereits von wirtschaftlichen Sorgen bedrückt vor einer ungewissen und wenig Aussicht bietenden Zukunft. Kein Wunder, wenn sie da oft Opfer bedenkenloser politischer Demagogen werden.

Je dunkler ihnen Gegenwart und Zukunft erscheinen, in um so hellerem Licht sehen sie die Vergangenheit, die sie meist denkend und urteilend nicht mißachtet haben.

Es ist daher unsere Aufgabe, vor allem auch eine der vornehmsten Aufgaben der akademischen Lehrkörper, diesen jungen Menschen den Weg aus der geistigen Wirrisse unserer Tage zu weisen und auch noch so bitteren Wahrheit und Klarheit zu zeigen.

Bei allem Verständnis für Tradition und Vergangenes muß der Blick der Jugend doch in die Zukunft gerichtet werden. Besonders aber die jungen Menschen, die hier auf der Handelshochschule das wissenschaftliche Aufsteigen für ihre spätere Lebensarbeit erstreben, sollen im schweren Wirtschaftskampf ihren Mann stehen, mit Voraussicht und Wahrheitsblick ausgestattet, ihren Blick vornehmlich in die Zukunft richten. Denn gerade sie sind vor eine große Aufgabe gestellt, da nur durch die Befundung und Erhaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen die Voraussetzung für die Erhaltung und Aufwärtsentwicklung unseres kulturellen Lebens geschaffen werden können. Die umfassende volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und handelspolitische Schulung, die ihnen die Handelshochschule vermittelt, sollte sie aber auch dazu befähigen, einseitige Fanatismus des Rentabilitätsprinzips, ja man-

delnde Rechenmaschinen zu werden. Sie sollen lernen, nicht nur über den eigenen Kontorschmel, sondern auch über die eigene Kasse, über das eigene Leben und Erleben hinaus große volkswirtschaftliche Perspektiven zu sehen. Das Allgemeinwohl und das Allgemeininteresse sollen ihnen nicht minder Leitstern sein wie das eigene Geschäft. Nur in einer gesunden, nicht durch rückwärtsstrebende Wahrnehmung von Privatinteressen unterhöhlten Volkswirtschaft kann auch das einzelne Unternehmen blühen.

Die Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse im Osten

hat den Königsberger Handel seines wirtschaftlichen Hinterlandes zum Teil beraubt, alte wirtschaftliche Verbindungen zerrissen, deren Wiederaufknüpfung und Ausgestaltung durch eigenwirtschaftlichen Expansionsdrang jenseits der Grenzen und durch politische Gegensätze erschwert wird.

Niemand wird dem polnischen Volke sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten. Aber so wenig ich das an der polnischen Nation verüble Unrecht früherer Zeit gebilligt habe, ebensowenig kann ich es billigen, daß dieses Volk sein staatliches Dasein auf ein Unrecht gegen ein anderes, das deutsche Volk, aufbaut. Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meere. Aber wie er dem neuen Ostpreußen durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, konnte er Polen auch durch Weichsel und Danzig eröffnet werden, ohne daß Ostpreußen vom Mutterlande losgerissen, Hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt, wo sie jetzt schimmern Terror ausgeübt sind, oder gar aus ihrer Heimat verdrängt wurden.

Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewalttätig durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen. Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkskörper bilden und einer wahren Befriedigung Europas hindernd im Wege stehen.

Gleichwohl dürfen wir uns nicht in Protesten erschöpfen, sondern müssen mit dem durch die Siegerlaune geschaffenen Zustande als Tatsache rechnen. Das gilt insbesondere für die östlichen Wirtschaftszentren in Handel und Industrie, die hier vor die überaus schwierige Aufgabe gestellt sind, neue Wege für eine beiderseitige, befruchtende wirtschaftliche Zusammenarbeit zu suchen und zu finden. Rüge der Ausbau der Königsberger Handelshochschule den Anstoß zu einer Entwicklung geben, die der Vergangenheit Königsbergs würdig ist und diese alte Handelsstadt wieder in das wirtschaftliche Geschehen im europäischen Osten hineinsetzt.

Amts niederlegung des Königsberger Rektors.

Der Rektor der Königsberger Universität, Professor Dr. Andree, der wegen der bekannten Zwischenfälle in der Universität zu einer Rücksprache mit dem Kultusminister Dr. Grimme nach Berlin berufen worden war, hat sein Amt als Rektor niedergelegt.

Grazynski hat keine Mehrheit.

Obwohl die Deutschen halbiert sind.

Warschau, 24. November. (Eigenbericht.)

Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zum Senat hatten folgendes Ergebnis: Regierungsblok 72 (früher 46), Zentrumsliste 15 (früher 31), National-Demokraten 12 (früher 9), Ukrainer und Weißrussen 6 (früher 13), Juden 2 (früher 6), Deutsche 2 (früher 5), Korfantsky-Gruppe 2 (früher 1).

Die Wahlen zum schlesischen Sejm ergaben: Regierungsblok 193 994 Stimmen (Sejmwahlen vom Mai 1930: 102 762) 19 Mandate (bisher 10), Korfantsky-Partei: 202 751 Stimmen (136 808 19 Mandate (16); deutsche Sozialisten: 27 309 Stimmen (25 517) 2 Mandate (1); polnische Sozialisten: 23 201 (82 653) 1 Mandat (4); Deutsche Wohlgemeinschaft: 72 823 (180 246) 7 Mandate (15). Die Kommunisten haben ihre bisherigen 2 Mandate verloren.

Die Wahlen waren ebenfalls von einem ungeheuren Terror der „Aufständischen“ insbesondere gegenüber den Deutschen begleitet. In der Nacht zum Sonntag fanden nicht weniger als 6 Personen den Tod. Zahlreiche deutsche Vertrauensleute wurden wegen Kleinigkeiten aus den Wahllokalen entfernt. Wer das Wahllokal nicht freiwillig verließ, wurde verprügelt.

Deutscher Protest in Kattowitz.

Am 11. wird mitgeteilt:

In den Nachmittagsstunden des 22. November hat sich durch die Straßen von Kattowitz ein Demonstrationzug polnischer staatlicher Eisenbahn- und Postbeamter bewegt. In dem auf einem der polnischen Eisenbahnverwaltungen gehörenden Kraftfahrzeug eine an einem Galgen hängende lebensgroße Puppe mitgeführt wurde, die einem deutschen Offizier in voller Uniform mit Originalorden darstellte.

Das Deutsche Generalkonsulat hat noch am gleichen Nachmittag bei dem Wojewoden schriftlich nachdrückliche Vorstellungen erhoben. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß das öffentliche Zurschaufstellen einer solchen Puppe eine grobe Verunglimpfung des deutschen Volkes bedeute und die deutschen Empfindungen aufs schwerste verletze; es wird ferner das Bestreben des Generalkonsulats darüber zum Ausdruck gebracht, daß staatliche Beamte es sich herausnehmen könnten, in derartig ungehöriger Form ihren feindseligen Gefühlen gegenüber Deutschland Ausdruck zu verleihen, und daß die staatlichen Sicherheitsorgane es nicht als ihre selbstverständliche Pflicht angesehen haben, gegenüber dieser provozierenden Demonstration von den Machtmitteln des Staates Gebrauch zu machen.

Daraufhin hat sich der Stellvertreter des Wojewoden am Montagmorgen beim Leiter des Deutschen Generalkonsulats persönlich entschuldigt.

Besprechungen mit Brüning.

Über Notverordnung und Finanzprogramm.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing am Montag in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dietrich die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abgeordneten Müller-Franken, Dr. Breitscheid, Dr. Hilferding und Dr. Herz zur Information über die Finanzvorlagen der Reichsregierung. Die Besprechungen dauerten mehrere Stunden. Bei den Erörterungen wurden auch die Abänderungswünsche der Sozialdemokraten zu den Notverordnungen eingehend besprochen. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Gewitterwolken über Rußland.

Von der Parteikrise zur Staatskrise.

Von Peter Garwy.

Die Sowjetregierung hat die Warnmeldungen aus Moskau sehr ernsthaft demotiviert. Sie hat versichert, die Rote Armee sei zuverlässig. Eins aber kann sie nicht dementieren: daß die Parteikrise in die Staatskrise umgeschlagen ist. Von oben bis unten wird fieberhaft ein Personalwechsel im Staatsapparat durchgeführt. Das „Bodspringen“ der Volkskommissare und der höchsten Beamten nimmt in der letzten Zeit groteske Formen an. Die letzten Spuren einer Scheidung zwischen der Partei und dem Staate verschwinden. Beide sollen nunmehr in der eisernen Hand Stalins vereinigt werden. Die Personalisierung der Diktatur wird vollendet.

Stalins persönliche Macht wächst — und mit ihr die Leere um ihn. Rings um ihn gibt es nur noch wirkliche oder eingebildete Gefahren und Gegner. Das zeigt der Fall Stryzow. Stryzow gehört zu den treuesten Handlangern Stalins. Noch vor kurzem wurde er von Stalin auf den Posten Rykoms als Regierungschef für Innenrußland gestellt. Heute ist er als „Verschwörer“ und „Agent des Kulakentums“ abgesetzt und verhaftet. Wem kann Stalin noch trauen?

Die Leere um ihn wächst — und mit ihr die Angst und das Mißtrauen des Unmächtigen. Täglich deckt die GPU neue Verschwörungen, Schädlingorganisationen, Interventionspläne auf. Poincaré und Bucharin, Denikin und Rykow, französische Generalstäbe und russische Professoren, ausländische Spione und sowjetische Ingenieure werden dabei in einen Topf gemorcht. Durch dieses „Amalgam“ sollen die Gegner Stalins nicht nur physisch, sondern zugleich moralisch vernichtet werden.

Freilich sind die „Verschwörungen“ plumpe Inzenerungen, die als Ablenkungs- und Einschüchterungsmanöver gedacht sind. Es genügt, auf die jochen verächtlichen Anklageakte gegen die angebliche „Industriepartei“ hinzuweisen. Die unaufhörliche Entdeckung von „Verschwörungen“ verrät jedoch zugleich die steigende Angst des Diktators!

Richt die „Verschwörung“, sondern die innere Gärung in der bolschewistischen Partei ist die Ursache seiner Verunsicherung. Das Henterheil schwingt zwar über den „Schädlingen“ und „Verschwörern“, über den Intellektuellen und Sowjetbeamten, aber gemeint ist die Parteiopposition! Das Neue im gegenwärtigen Parteikampf ist die gegenseitige Annäherung der beiden Oppositionsgruppen von rechts und von links. Es gelang Stalin zwar diesmal, die Vereinbarung zwischen der Rechts- und Linksoption (den sogenannten Bloß Stryzow-Lominads) rechtzeitig zu „entdecken“ und ihre Auswirkung zu vereiteln. Mit der Erledigung der Ueberreste der Parteioption wird jedoch der letzte Wegableiter der Diktatur zerbrochen. Nun wird Stalin den verzweifeltsten Volksmassen direkt gegenüberstehen.

Die tiefste Ursache der russischen Krise liegt in der utopischen Versuchspolitik, die mit der terroristischen Diktatur aufs engste verbunden ist. Die Parteikrise ist nur die reflektierende der Wirtschaftskrise, die die dumpfe Gärung in Stadt und Land hervorruft und indirekt die Parteioption stärkt.

Die Generallinie Stalins vermag. Die offiziellen statistischen Kurven gehen zwar in die Höhe, aber der Wohlstand der Bevölkerung sinkt immer tiefer. Der Stalinsche „Sozialismus“ verwandelt sich in eine Art von Staatskaderie in Stadt und Land. Die Bauern werden an die Kolchofen, die Arbeiter an die Fabriken gefesselt. Die Lebensinteressen aller merkwürdigen Volkschichten werden der Utopie des Fünfjahresplans, der „Bjatsilekta“, zum Opfer gebracht.

Natürlich werden in Sowjetrußland gigantische Fabriken und Kraftwerke gebaut. Laufende von Traktoren werden der Landwirtschaft zugeführt. Aber dieser forcierten Industrialisierung und Sozialisierung fehlen die gesunde finanzielle, ökonomische und kulturelle Grundlage, sowie die allgemeinen geschichtlichen Voraussetzungen. Trotz der „märchenhaften“ Steigerung der Industrieproduktion herrscht in Stadt und Land ein unsagbarer Warenmangel. Trotz der „noch nie dagewesenen“ Ernte in der „sozialisierten Landwirtschaft“ wird die Ernährungskrise immer schärfer. Sogar das Brennholz wird jetzt rationalisiert — und so gestellt sich die Kälte zur Hungersnot. Inzwischen beginnt die Inflation die Wirtschaftsgrundlage zu untergraben.

Da aber die Generallinie vermag, kann der rückwärtslose Kampf gegen die Links- und Rechtsopposition nur rein äußerliche und vorübergehende Erfolge zeitigen. Stalins Machtstellung ist in der Tat erschüttert. Die Vereinbarung der Links- und Rechtsopposition ist freilich nur eine spontane Abwehraktion. Trotzdem scheint die vereinigte Parteioption zum Spracherwerb der allgemeinen Unzufriedenheit werden zu können. Die Links- und Rechtsopposition sucht zwar nur den Diktator zu stürzen, aber sie erschütterte die Diktatur selbst. Wenn Rykow z. B. in einer Arbeiterversammlung erklärt: „Zuerst müssen wir uns satt essen und dann exportieren“, oder wenn Stryzow über die „hochmütig-herrschaftliche Vernachlässigung der Interessen der Ar-

beiter", über die „Verfälschung der Parteiführer und des gesamten Staatsapparates“, über die „blinde Planwirtschaft“ spricht, deren verhängnisvolle Folgen „im ganzen Lande und insbesondere in den Schlagen bei den Staatsläden“ besprochen werden — so finden natürlich solche Reden einen starken Widerhall in der notleidenden Bevölkerung.

Der bolschewistische Olymp ist mit Gewitterwolken umhüllt. Die Leere um Stalin wächst. Sogar seine treuesten Parnokulen beginnen sich gegen ihn und seine Abenteurerpolitik aufzulehnen!

Tagung des Zentralkomitees verlegt.

Moskau, 24. November.

Das Zentralkomitee der Sowjetunion wird zu seiner Tagung, die ursprünglich auf den 12. Dezember angesetzt war, erst am 29. Dezember zusammentreten. Wenn auch die amtliche Ankündigung dieser Verschiebung keine besonderen Gründe für eine solche Maßnahme nennt, so dürfte sie doch auf die durch den neuen Kampf gegen die Opposition, die zahlreichen Abfertigungen und Reuenernennungen im Sowjet- und Parteiapparat usw. in der Partei entstandene nervöse Stimmung zurückzuführen sein. Durch den Aufschub soll wohl eine wenigstens teilweise Entspannung der Lage erreicht werden, bevor das Zentralkomitee seine Arbeit beginnt.

Ein Rippenstoß für die Volkspartei.

Die Herrschaft fordert Gehorsam.

Die Volkspartei taumelt führerlos und richtungslos hin und her zwischen der Staatspartei und den Nationalsozialisten. In jedem Teile Deutschlands trägt sie ein anderes Gesicht. Von allen Seiten bezieht sie Fußtritte. Nationalsozialisten und Deutschnationale versuchen, sie mit Prügelein an sich zu fesseln. Sie wollen ihre Stimme für den Hugenbergschen Antrag, Preußen die Polizeigelder zu sperren. Zu diesem Zwecke schreibt der Deutschnationale Pressedienst:

„Nach Meldung volksparteilicher Zeitungen soll der neue Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, bei Bräuning wegen der Sperrung der Polizeifinanzstellen für Thüringen vorstellig geworden sein. Nach den Vorgängen in Thüringen, Sachsen und zuletzt in Bremen und nach der Oppositionsrede Stendels in Bonn würde das heißen, daß die Deutsche Volkspartei eine Zusammenarbeit mit der Rechten und eine Loslösung von der Sozialdemokratie erstrebt. Um so mehr muß es verwundern, daß der Hamburger Korrespondent andeutet, daß die Deutsche Volkspartei im Reichstage nicht für die Sperrung der Polizeigelder für Preußen stimmen würde. Dieser Antrag ist das einzige wirksame Mittel, um die rote Vorherrschaft in Preußen zu brechen, und zugleich die einzige Möglichkeit, um die Reichsregierung in Thüringen, an der doch auch die Deutsche Volkspartei beteiligt ist, gegen die Methoden des Herrn Wirth zu schützen. Die Ablehnung des deutschnationalen Antrages auf Sperrung der Polizeigelder für Preußen, oder auch jeder geschäftsordnungsmäßige Versuch, ihn zu vertagen, müßte den Kampf, den die Deutsche Volkspartei in den Ländern führt, empfindlich sabotieren. Wir werden hoffentlich sehen, auf welche Seite sich die Deutsche Volkspartei im Kampf um Preußen zu stellen gedenkt.“

Die Volkspartei hat einst großmahnungswürdig geglaubt, sie sei der Nabel der deutschen Politik. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß sie lediglich für Fritsch und Hugenberg Magdendienste zu verrichten hat.

Neuer Koalitionsvertrag in Thüringen.

Landvolkminister unter nationalsozialistischer Redegensur.

Weimar, 24. November. (Eigenbericht.)

In einer Versammlung des Rudolstädter Bauernbundes übte der Führer der Landvolkpartei, Finanzminister Baum, scharfe Kritik an der Art, wie die Nationalsozialisten im Lande agitieren und in der Regierung meist das Gegenteil praktisch zu verwirklichen suchen. So höre man sie vor der Masse immer wieder von Abbau und Sparsamkeit reden. Dabei stellen sie immer mehr Parteifreunde von sich an, zunächst ehrenamtlich, bald darauf aber unter Bewilligung von Gehalt. Der Redner erwähnte eine ganze Reihe bestimmter Fälle und erklärte, diese Fälle seien weder von ihm als Finanzminister noch vom Landtag zu verantworten.

Über diese Rede ist die nationalsozialistische Landtagsfraktion außerordentlich erobert. Sie erklärt, Minister Baum habe die Koalition gesprengt, und die Nationalsozialisten würden sich nunmehr den Zeitpunkt ihres Handelns in der Frage der Landtagsauflösung vorbehalten.

Deutsche Zollpolitik im Feuer.

Abschluß der Genfer Wirtschaftsverhandlungen.

Die Verhandlungen des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes sind zu Ende geführt worden. Letzter Gegenstand der Beratungen war die Frage der Meißelbegünstigungsklausel und im Zusammenhang damit die Frage der Kontingente und der Spezialisierungen. Die Debatte zeigte, daß im Wirtschaftskomitee die Mehrzahl der Mitglieder der Auffassung ist, daß die Kontingente mit dem Prinzip der Meißelbegünstigung nicht verträglich sind, eine Auffassung, der der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Basse, auch heute wieder auf das entschiedenste widersprochen hat. Ein förmlicher Beschluß des Wirtschaftskomitees in dieser Frage scheiterte an dem Widerspruch des deutschen Vertreters. Es wurde ein Unterkomitee eingesetzt, dem Staatssekretär Trendelenburg angehört, und das der nächsten Tagung des Komitees im Februar einen Bericht vorlegen soll. Das bedeutet, daß diese Frage nicht Verhandlungsgegenstand der Novemberkonferenz der Regierungen sein wird.

Das gleiche gilt von der Frage des Dumpings, die gleichfalls dem Unterkomitee zur weiteren Prüfung übertragen wurde. Jedoch wird auch auf der Novemberkonferenz von einigen Staaten nochmals der Versuch gemacht werden, gegen das sogenannte russische Dumping eine Aktion der anderen Staaten zustande zu bringen. Solche Tendenzen sind auch jetzt wieder zutage getreten.

Von den aktuellen handelspolitischen Fragen, die im Wirtschaftskomitee behandelt worden sind, werden auf der Novemberkonferenz zur Verhandlung kommen: die Vorzugsbehandlung der Lebensmittel, Agrarprodukte und zollpolitische Übereinkommen zwischen Freihandels- und Schutzstaaten. In den Verhandlungen des Wirtschaftskomitees ist erneut eine starke Tendenz gegen staatliche Exportprämien zum Ausdruck gekommen.

Stalin braucht Entlastung.

Ein neuer Sabotageprozeß wird aufgezo-gen. — Phantastische „Geständnisse“.

Am Dienstag, dem 23. November, beginnt in Moskau vor dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion einer der größten aller bisher über die Sowjetbühne gelaufenen politischen Konstruktprozeße, der Prozeß gegen Professor Kamsin und Genossen.

Die Bedeutung dieses Prozesses liegt nicht in der großen Zahl der angeklagten Personen, die als führende Intellektuelle und Wissenschaftler an dem Aufbau des Fünfjahresplans hervorragenden Anteil haben, sondern an der Tatsache, daß die Angeklagten beschuldigt werden, im Einvernehmen und teilweise im Auftrage amtlicher französischer Regierungstreue die Industrialisierung des Sowjetstaates planmäßig „geschädigt“ und alle Vorbereitungen für eine militärische Intervention getroffen zu haben. Nach der Anklageschrift, die im Wortlaut in der Sowjetpresse veröffentlicht worden ist, sollen die Angeklagten eine „Industriepartei“ gegründet haben, die in den verschiedensten Industriezweigen Schädigungsorganisationen unterhalten haben soll. Diese Industriepartei handelte angeblich nach den Weisungen eines in Paris bestehenden Handels- und Industriekomitees, das sich aus früheren, jetzt im Auslande, besonders in Paris lebenden Industriellen zusammensetzt, soweit es um wirtschaftliche Fragen ging. Die militärischen Richtlinien hat die Industriepartei nach der Anklage von dem französischen Generalstab erhalten, der seinerseits wieder im Einvernehmen mit den Generalstäben anderer Regierungen gehandelt haben soll.

Die Anklage ist aufgebaut auf angebliche Geständnisse einer Reihe führender Mitglieder der Zentralsektion der Industriepartei und besonders auf die Aussagen des Professors an der Moskauer Technischen Hochschule, Kamsin. Dieser hat nach der Anklage zugegeben, seit 1927 in der Zentrale der 1926 gegründeten Industriepartei gearbeitet zu haben. Diese Zentrale umfaßte — wie es heißt — nach dem Prinzip der isolierten Kettenverbindungen — mit Ausnahme der Landwirtschaft — ziemlich alle Sektionen der russischen Volkswirtschaft. Das Programm der Industriepartei soll in der Herausbeschaffung eines konterrevolutionären Aufstandes zum Sturze des Sowjetregimes, der Errichtung einer Militärdiktatur als Übergangsstadium zur Bildung einer bürgerlich-demokratischen Republik auf parlamentarischer Grundlage bestanden haben. Im gegebenen Falle war die Rückgabe der Fabriken an die früheren Besitzer vorgesehen und wo dies infolge der Um-industrialisierung sich nicht mehr als möglich erweisen sollte, war unter Abschaffung des früheren Besitzes, eine Entschädigung in Aktien durch Gründung von Gesellschaften in Aussicht genommen. Die früheren Gutbesitzer sollten gleichfalls entschädigt werden. Außerdem war der endgültige Übergang des Landbesitzes an die individuellen Bauernwirtschaften vorgesehen. Ebenso war — immer nach der Anklage — eine prozentuale Abfindung der ausländischen Gläubiger geplant. Der Plan soll bis ins einzelne vorbereitet gewesen sein. Angeblich stand nicht nur die Zusammensetzung der zukünftigen Regierung fest. Auch die Vergünstigungen, die die verschiedenen Regierungen für ihre Teilnahme an der militärischen Intervention genießen sollten, waren nach der Anklage bereits festgelegt.

So sollten zum Beispiel Frankreich und Polen industrielle Ausbeutungsobjekte in der Ukraine, England sollte solche im Kaspischegebiet in Georgien erhalten.

Die Aufgabe zur Erreichung der vorstehend skizzierten Ziele bestand — wie die Anklage weiter behauptet — für die Mitglieder der Industriepartei besonders darin, das vom Sowjetstaat neu investierte Industriekapital möglichst in Bauten mit geringster Auswirkung anzulegen und durch Schaffung eines Mißverhältnisses in der Produktionsfähigkeit zwischen den einzelnen Industriezweigen, den Fünfjahresplan um seinen Erfolg zu bringen. Die hierdurch hervorgerufene Lähmung des gesamten wirtschaftlichen Lebens und die Störung des Warenverkehrs sollten die Krise bis auf die äußerste Spitze treiben, um den Weg für den konterrevolutionären Umsturz freizumachen. Nachdem sich jedoch herausgestellt hatte, daß die

Machenschaften der Industriepartei nicht wirksam genug waren, um den Siegeszug des Fünfjahresplans aufzuhalten und damit auch die Hoffnungen auf Bauern- und Militäraufstände unerfüllt bleiben, wurde die ganze „Schädigungsarbeit“ von 1928 ab ausschlaggebend unter dem Gesichtspunkte der ausländischen militärischen Intervention betrieben.

Die Anklageschrift enthält umfangreiches Material, mit dem bewiesen werden soll, daß die Anweisungen des französischen Generalstabs zuerst durch das Industrie- und Handelskomitee in Paris an die Industriepartei in Moskau erfolgten. Nachdem verschiedene Mitglieder der Industriepartei anlässlich ihrer Anwesenheit in Frankreich mit Vertretern des französischen Generalstabs in direkte Verbindung getreten waren, erfolgten die Anweisungen — wie die Anklageschrift behauptet — unmittelbar durch französische offizielle Stellen in der Sowjetunion. Als Offiziere des französischen Generalstabs werden genannt: der General Santin und die Obersten Richard und Joinville, während die Mitglieder französischer Stellen in der Sowjetunion — womit nur die französische Botschaft gemeint sein kann — nur mit Anfangsbuchstaben angegeben werden. Die unmittelbare Beteiligung des damaligen französischen Ministerpräsidenten, Poincaré, wird damit nachgewiesen, daß er die Vertreter des Industrie- und Handelskomitees nicht nur bei sich empfangen, sondern sogar zu sich beordert und ihnen geraten habe, der Industriepartei alle Anweisungen über die Vorbereitung des Bodens für die Intervention zu geben, für die er seine volle Unterstützung zugesagt habe. Die Industriepartei stütze nach der Anklage ferner ihre Hoffnungen auf die

persönlichen Verhandlungen mit Beland (?)

und dem französischen Generalstab, die von dem Industrie- und Handelskomitee geführt wurden. Die militärische Intervention sollte nach der Anklage durch einen Grenzkonflikt mit Rumänien geschaffen werden, dem eine formelle Kriegserklärung Polens und anschließend die Beteiligung der Nachbarstaaten folgen sollte. Der militärische Aufmarschplan soll ebenfalls vollkommen ausgearbeitet gewesen sein. 800 000 Mann — unter Beteiligung der Branagel-Armee in Stärke von 100 000 Mann — sollten konzentriert von Norden auf Beningrad und von der Rüste des Schwarzen Meeres vom Süden aus, zum Teil durch rumänisches Gebiet, in Rußland einrücken. Auch der englische Generalstab soll bei der Intervention eine im einzelnen festgelegte Beteiligung durch Unterstützung der englischen Flotte zugesagt haben.

Der Prozeß scheint nach der Anklage zu urteilen äußerst interessant zu werden, obwohl auch er nur ein Glied in der langen Reihe der „Schädigungsprozesse“ ist, die seit Jahren von der Sowjetregierung zum Beweise dafür geführt werden, daß das ganze Unglück in der Sowjetunion und das Mißlingen aller Pläne nur auf die vom Ausland angezettelten und von der russischen Intelligenz durchgeführten „Schädigungsarbeiten“ zurückzuführen ist.

Der erste große Prozeß, der die Beteiligung des Auslandes feststellte, war der im Jahre 1928 geführte Schachin-Prozeß, in dem durch „Geständnisse“ russischer Angeklagter die deutsche Industrie der Zerstörung des russischen Wiederaufbaues beschuldigt wurde. Dessen Prozeß folgte einer, in dem Schweden angeklagt waren. Dann kam eine

fortlaufende Reihe von Prozessen mit Massenerstickungen.

die sich immer auf diejenigen Industrien bezogen, die den vorgekehrten Leistungen nicht entsprachen. Das Mißlingen der Pläne muß der Bevölkerung als „Schädigungsarbeit“ feindlicher Kategorien der Bevölkerung karg gemacht werden, und die Verhängung der Todesstrafe ist der „Beweis“ der überführten Schuld. Daß sich der jetzige Konstruktprozeß in seinem Verlauf und seinem Ziel von seinen Vorgängern unterscheidet, ist nach allen Erfahrungen nicht anzunehmen.

Der tägliche Unsinn.

Nationalsozialistische Wirtschaftskennntnisse.

Die dumme darf eine politische Partei sein, wenn sie dennoch Anhänger gewinnen will — das ist jetzt die Preisfrage. Das nationalsozialistische Zentralorgan (?) berichtet unter der Überschrift: „Wie das deutsche Volk amtlich getäuscht wird“ über unsere nach seiner Meinung falsche Handelsbilanz:

„Schon lange ist in weiten Kreisen, namentlich der Wirtschaft, beanstandet worden, daß die monatliche Verlautbarung über die Außenhandelsziffern falsch sei, da bei Errechnung der aktiven, bzw. passiven Handelsbilanzziffern die Reparationsachtforderungen, für die bekanntlich kein Gegenwert eingeht, der sonstigen Ausfuhr zugezählt werden. Zwar hat ein Teil der Presse diese Ziffern stets richtig gestellt, in dem größeren Teil der Presse aber hat man sich eng an die Verlautbarung gehalten. Die Folge ist, daß sich in weiten Kreisen der Öffentlichkeit ein falsches Bild von der Aktivität der deutschen Handelsbilanz gestaltet hat. Erst bei Veröffentlichung der Oktoberziffern ist endlich das richtige Verfahren angewandt worden, indem man die Reparationsachtforderungen von der Gesamtsumme der Ausfuhr abgezogen hat.“

Mit solchen Verzweckungsmethoden hat bisher diez Tribulnsten dem Volke die Wahrheit verschleiern wollen! Offenbar hat erst der Vormarsch des Nationalsozialismus bewiesen, daß den Herrschenden bei ihren Täuschungsmanövern (bei denen die jüdenhörige Presse natürlich Beistand leistete) angst und bange geworden ist.“

Jedermann muß angesichts dieser Behauptungen annehmen, daß dann, wenn die Sachlieferungen von der allgemeinen Ausfuhr erheblich abgezogen werden, unsere Handelsbilanz sich als passiv ergibt, daß also in Wirklichkeit die Einfuhr jetzt größer ist als die Ausfuhr.

Wie sehen die Zahlen aber in Wirklichkeit aus?

Unsere Wareneinfuhr und -ausfuhr verhielt sich im September und Oktober wie folgt:

	Einfuhr	Ausfuhr	Dazu Sachüberschuß	Lieferungen
September	736,5	989,3	202,8	61,8
Oktober	833,6	1011,5	178,0	61,4

Die amtlichen Ziffern besagen also klipp und klar, daß wir sowohl im September wie im Oktober in erheblichem Umfange eine aktive Handelsbilanz hatten, in dem einen Monat um bald 28 Proz., im anderen um rund 21 Proz. In beiden Fällen handelt

es sich um Ziffern ohne die Sachlieferungen. Dennoch soll erst „der Vormarsch des Nationalsozialismus bewiesen“ haben, daß den Herrschenden bei ihren Täuschungsmanövern angst und bange geworden ist.“ Das ist natürlich der Unsinn des Schlusssatzes jener oben zitierten nationalsozialistischen „Einkaufs“.

Eben erst hat der offizielle Pressedienst der Nazis die Niederländische Briten, die von der Stadt Berlin an die Erwerbslosen verteilt werden, mit niederländischen Briten verwechselt. Der „Völkische Beobachter“ schreibt groß und fett: „Wie der rote Magistrat die deutsche Wirtschaft überbert.“ Die Nazis haben von volkswirtschaftlichen Tatsachen keine Ahnung und verstanden nicht die Abkürzung „Niederl. Briten“. Jetzt zeigen sie, daß sie die Handelsbilanz ebenfalls nicht lesen können.

Wer vermag da den nächsten täglichen Unsinn der nationalsozialistischen Propaganda auch nur zu ahnen? Es blüht der Unsinn und die Konstruktromanen kaskadieren.

Methode Mussolini.

Salentreuzüberfall auf einen Sozialdemokraten.

Dresden, 24. November. (Eigenbericht.)

Am Bußtag erschien in Bad Schandau ein Kollkommando Dresdener Nazileute und besetzte das Haus des ehrenamtlichen Stadtrats Genossen Luger. Einige der Nazileute postierten sich vor dem Eingang, während sich acht Mann in die Wohnung des Genossen Luger begaben. Genosse Luger hatte vor einigen Wochen beim Nazitreffen in Schandau aus seiner Wohnung einen Juruf an die Nazis gemacht. Jetzt zwangen ihn die Hitlerleute unter Gewaltandrohung, eine Erklärung zu unterschreiben, daß es ihm nicht wieder einfallen werde, einen solchen Juruf zu machen.

Deutschland für Finanzhilfe. Die deutsche Regierung hat dem Völkerverbundsekretariat die Unterzeichnung der am 2. Oktober 1930 abgeschlossenen Vereinbarung über die Finanzhilfe im Kriegsfall mitgeteilt. Die deutsche Unterzeichnung ist die 29. für diese Konvention.

Jungsozialisten aufgelöst.

Beschluß des Berliner Bezirksvorstandes und der Kreisleiter.

Der Bezirksvorstand und die Kreisleiter haben folgenden Beschluß gefaßt:

Die „Jungsozialistische Vereinigung“ im Bezirk Berlin wird aufgelöst.

Gründe.

Entgegen allen Erklärungen und Beschlüssen des Bezirksvorstandes und der Vorstandskonferenz vom 17. Oktober haben Genossen in leitenden Stellen der „Jungsozialistischen Vereinigung“ die Aufziehung eines „Jungproletarischen Ordnerdienstes“ nicht nur gebilligt, sondern aktiv unterstützt.

Von Breslau und anderen Städten ausgehend wurden über das ganze Reich die Aktionen für eine selbständige proletarische Behrorganisierung eingeleitet.

Die „Jungsozialistische Organisation“ will sich ganz bemühen zu einer Partei in der Partei auswirken.

Der Bezirksverband Berlin der SPD. hat schon im Jahre 1925 einen Antrag auf Auflösung der „Jungsozialistischen Vereinigung“ an den Reichsparteitag in Heidelberg gestellt. Dieselben Gründe, die vor 5 Jahren den Bezirksverband und seinen Bezirksparteitag bestimmten, die Auflösung zu fordern, bestimmen auch heute den Bezirksvorstand unter Berücksichtigung der jüngsten Vorkommnisse im Interesse der Partei die Auflösung der „Jungsozialistischen Vereinigung“ zu beschließen.

Der Bezirksvorstand und die Kreisleiter wenden sich mit der Auflösung der Jungsozialistischen Gruppe keineswegs gegen die treu zur Partei stehenden jüngeren Genossinnen und Genossen. Sie fordern diese Genossinnen und Genossen auf, sich in den Abteilungen des Bezirksverbandes im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung zu betätigen.

Der Bezirksvorstand und die Kreisleiter erklären, daß sie rücksichtslos gegen jedes Parteimitglied einschreiten, das den „Jungproletarischen Ordnerdienst“, der vom Bezirksvorstand, von der Abteilungs- und Kreisleiterkonferenz nicht anerkannt ist, fördert, unterstützt oder ihm weiter angehört.

Bezirksvorstand und Kreisleiter weisen die durch die bürgerliche und kommunistische Presse gegen den Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Genossen Künzler, erhobenen Verdächtigungen und Beschuldigungen einmütig zurück. Ebenso einmütig sprechen sie dem Genossen Künzler das Vertrauen aus.

Eine Abfuhr an die Hugenberger.

Das Auswärtige Amt gegen die Breitscheid-Dege.

Stuttgart, 24. November. (Eigenbericht.)

Die drei Mitglieder der Hugenberg-Gruppe des Württembergischen Landtags haben die württembergische Regierung in einer Anfrage zu einem Protest gegen die Zugehörigkeit des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid zur deutschen Völkervereinigung und wegen einer Äußerung von ihm gegenüber einem Mitarbeiter der französischen Zeitung „Populaire“ sowie wegen der Unterzeichnung einer Veröffentlichung der Sozialistischen Internationale aufzufordern versucht. Sie haben sich aber eine gründliche Abfuhr geholt. Die württembergische Regierung hat die Anfrage an das Auswärtige Amt weitergeleitet und hat dessen Antwort am Montag bekanntgegeben. Da das ohne jeden Kommentar geschieht, ist anzunehmen, daß sich die württembergische Regierung der Auffassung des Außenministeriums anschließt.

In der Antwort wird zunächst darauf hingewiesen, daß nach dem von Dr. Breitscheid hergestellten Wortlaut seiner Erklärungen im „Populaire“ kein Anlaß gegeben sei, die Äußerung als im Widerspruch zu der Stellung Breitscheids als Mitglied der deutschen Völkervereinigung zu betrachten. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Die beanstandete Veröffentlichung ist ein Sonderabschnitt aus einer Reihe von Flugblättern der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die zeitlich mehrere Wochen vor der diesjährigen Septembertagung des Völkervereins in Zürich abgefaßt worden ist. Diese Flugblätter nehmen zu zahlreichen Völkervereinigungsforderungen Stellung, und zwar in einer Form, die nach Ansicht des Auswärtigen Amtes in ihren allgemeinen Richtlinien den deutschen Interessen im Völkervereinigungsbund grundsätzlich durchaus entspricht. Wenn hier ein Sonderabschnitt über die Frage der Sekretariatsreform sich gegen einen sogenannten deutsch-italienischen Vorschlag wendet, so ist diese Kritik gegen die bis dahin rein persönliche Stellungnahme des Grafen Bernstorff gerichtet, der dem zuständigen Völkervereinigungsausschuß im Frühjahr vorigen Jahres nicht als Regierungsvertreter, sondern als Sachverständiger auf Grund persönlicher Ernennung durch den Völkervereinigungsbund angehörte. Die Reichsregierung hat ihre Stellungnahme erst während der diesjährigen Septembertagung des Völkervereins festgelegt und bekanntgegeben. Eine frühere abweichende Anschauung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat mit der späteren Haltung des Reichstagsabgeordneten Breitscheid als Mitglied der deutschen Delegation zur 11. Völkervereinigung nichts zu tun. Da die deutsche Delegation zur Völkervereinigung sich üblicherweise aus Vertretern der verschiedenen größeren Fraktionen des Reichstages zusammensetzt, läßt sich nach der Meinung des Auswärtigen Amtes nicht vermeiden, daß die betreffenden Abgeordneten im Laufe des Jahres zwischen den Tagungen der Völkervereinigung in Einzelfragen unserer Völkervereinigungspolitik gelegentlich eine Anschauung vertreten, die mit der späteren einheitlichen Haltung der deutschen Delegation nicht völlig übereinstimmt.“

Seipel arrangiert Bürgerblock.

Um Regierung zu bilden und das Parlament zu beherrschen

Wien, 24. November. (Eigenbericht.)

Seipel überreichte der Deftlichkeit einen Vorschlag, nach dem die drei nichtsozialistischen Parteien, Christlichsozialen, Schuber-Block und Helmutblock, sich zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft in Form einer geschlossenen Fraktion zu konstituieren und dann als stärkste Fraktion auch alle parlamentarischen Stellen besetzen, d. h. den Präsidenten des Nationalrats stellen und auch die Regierung bilden sollten. Nach außen hin hätten die drei Parteien geschlossen aufzutreten, nach innen sollten sie ihre Selbständigkeit haben. Der Vorschlag dürfte von dem Schuber-Block kaum angenommen werden.

Der Nationalrat ist für den 2. Dezember einberufen worden.

Adolf Damajche, der Führer der deutschen Bordenreformer, feierte am Montag, von den Reichs- und Staatsbehörden herzlich begrüßt, seinen 65. Geburtstag.

Otto, der Knirps.



„MEIN österreichischen Thron gedenke Ich einstweilen nicht zu besteigen.“ (Interview Ottos mit Sauerwein)

Mecklenburg-Strelitz will zu Preußen.

Eine Vorlage an den Landtag.

Neustrelitz, 24. November. (Eigenbericht.)

Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz hat dem Landtag eine Vorlage über den Anschluß des Landes an Preußen zugehen lassen. Die Vorlage sieht als Termin der Vereinigung den 1. April 1931 vor.

Die Gebiete Stargard und Rügenburg sollen nach dem Plan der Regierung den benachbarten preußischen Provinzen angegliedert werden. Die drei Kreise von Mecklenburg-Strelitz würden dann als preußische Kreise innerhalb dieser Provinzen übernommen werden. Preußen soll bei der Übernahme des Staatsvermögens die Hälfte der Erbpachten und Grundzinsen erlassen und die andere Hälfte gegen eine billige Ablösungssumme in etwa 10 Jahren freigeben. In Neustrelitz wird für eine bestimmte Reihe von Jahren ein Regierungspräsidium errichtet. Die drei Mecklenburg-Strelitz'schen Kreise werden als preußische Kreise übernommen. Das Land Preußen

wird Gesamtnachfolgerin des Landes Mecklenburg-Strelitz, dessen Staatsvermögen mit allen Lasten und Verpflichtungen auf Preußen übergeht. Die Mecklenburg-Strelitz'schen Staatsbeamten werden unter Wahrung ihres Dienst- und Pensionsdienstalters als preußisch unmittelbare Staatsbeamte übernommen. Die lutherische Landeskirche von Mecklenburg-Strelitz bleibt erhalten. Das Land Preußen übernimmt ferner das Landgericht und die Amtsgerichte. Die höheren Schulen werden als preußische Staatsanstalten übernommen und aufrechterhalten. Die bisher vom Staat Mecklenburg-Strelitz unterhaltenen Chausseen übernehmen die Anschlussprovinzen. Das Landestheater übernimmt die Stadt Neustrelitz, das Landeskrankenhaus sowie die Landesheilstätte die Anschlussprovinz. Ein nach zu bildender Gemeindebezirksverband erhält für sich und seine Pächter für zehn Jahre Freiheit von der Grundvermögenssteuer. Entlassungen von Angestellten nur wegen des Anschlusses finden nicht statt.

Der Flieger geflohen.

Major Franco entweicht dem Gefängnis.

Madrid, 24. November. (Eigenbericht.)

Der spanische Flieger Major Franco, der vor etwa einem Monat wegen Veröffentlichung mehrerer kritischer Zeitungsartikel über die Wirtschaft in der spanischen Fliegerzeitung verhaftet worden war, ist am Montag mit einem Kameraden aus dem Militärgefängnis in Madrid geflohen. Die Regierung hat sofort alle Grenzposten alarmiert, um der beiden Flüchtlinge wieder habhaft zu werden.

Gefahr droht Tardieu im Senat.

Vorstoß gegen seine Innenpolitik.

Paris, 24. November. (Eigenbericht.)

Nach der ersten Serie der Interpellation in der Kammer über die Kirchenpolitik und die Börsenaffäre beginnt am Dienstag im Senat eine zweite Serie über die Innenpolitik. Zunächst wird sich das Oberhaus des französischen Parlamentes mit der Steuerreform der Kommunen befassen, deren Steuerquellen zum größten Teil vom Staat beschlagnahmt worden sind. Am Donnerstag beginnt die Debatte über die allgemeine Innenpolitik der Regierung und die systematische Kalkulation der Budgets, die der Regierung als allzu stark links orientiert verdächtigt worden sind. Schon in dem am Montag stattgefundenen Ministerrat hat die Regierung eifrig darüber beraten, wie sie den Gefahren dieser beiden Interpellationen am besten begegnen kann. Man weiß, daß sich Tardieu im Senat nie besonders großer Beliebtheit erfreut hat. Im Sommer erhielt er aber nur Mehrheiten von drei bis sechs Stimmen. Sein Ansehen hat dadurch bestimmt nicht gewonnen, daß er in der Debatte über die Börsenaffäre wiederum ein beträchtliches Stück an Autorität eingebüßt hat.

Petroleumkrach in Frankreich.

Paris, 24. November. (Eigenbericht.)

Die Pariser Bourse hat bei dem Bankier Dufrie, und zwar sowohl in dessen Privatwohnung wie in der Direktion seiner Bank eifrig Hausungen abgehalten, die jedoch nur wenig ergiebig gewesen zu sein scheinen. Dufrie hat dem Untersuchungsrichter angeklagt, daß er gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates für den Terminhandel de Ripaud Gegenklage wegen Betrugs und Unterschlagung einreichen werde, weil dieser seine Börsenaufträge zur Stützung der Dufrie-Werte sabotierte und dadurch den Zusammenbruch beschleunigt habe. Gleichzeitig hat sich Dufrie über die ständige Überwachung durch zwei Polizeibeamte beschwert und sein Ehrenwort gegeben, nicht zu entfliehen.

Inzwischen bereitet sich an der Börse ein neuer Krach vor. Die Gruppe Desbordes, die in der Hauptstadt mehrere fran-

zösische-polnische Petroleumgesellschaften, so vor allem den Crédit Général des Pétroles und die Malopolska-Petroleumgesellschaft vermarktet, ist in Schwierigkeiten geraten. Um allzu große Börsenverluste zu verhindern, wurden die Kurse am Montag für beide Werte zwangsweise notiert. Gleichzeitig hat Finanzminister Rognaud mit der halbstaatlichen Petroleumgesellschaft „Compagnie Française des Pétroles“, die die Interessen Frankreichs an den russischen Quellen vermarktet, Verhandlungen begonnen, damit die Gesellschaft im nationalen Interesse die Malopolska und den Crédit Général des Pétroles von der schwach gewordenen Devisen-Gruppe übernimmt.

Alte Handelsflugzeuge angeben!

Die Kontrolle der Luftwaffe.

Genf, 24. November. (Eigenbericht.)

In der Vorbereitenden Abrüstungskommission wurden die Veröffentlichungsbestimmungen für die Luftfahrt beraten. Dabei gab es einen Zusammenstoß zwischen der deutschen und französischen Vertretung. Der Franzose Rossignol verlangte strenge Kontrolle der sogenannten zivilen Luftfahrt, während ihm Graf Bernstorff entgegenhielt, daß in der französischen Kammer die Umänderung von Zivilflugzeugen in Kriegsflugzeuge als ein ganzlich unbrauchbares Kriegswaffe bezeichnet worden sei. Schließlich legte sich der französische Standpunkt durch. Mit 17 Stimmen wurde der entsprechende Artikel aufrechterhalten, nach dem eine volle Veröffentlichung aller Luftfahrzeuge einschließlich der Handels- und Verkehrsflugzeuge stattfinden soll. Auch England drängte auf diese Veröffentlichung.

Litwinoff bei Grandi.

Faschistisch-bolschewistische Freundschaft.

Mailand, 24. November.

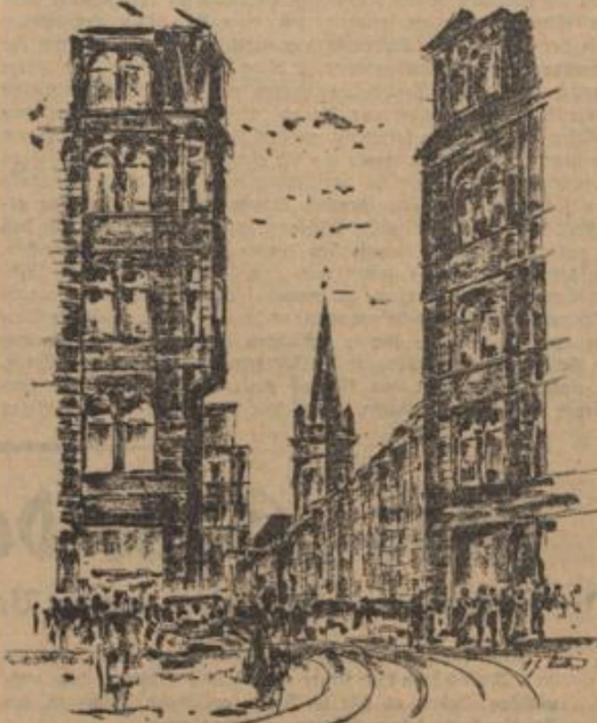
Minister des Auswärtigen Grandi und der russische Volkskommissar des Auswärtigen Litwinoff trafen heute hier zusammen. Die beiden Minister hatten eine lange freundschaftliche Unterredung, in der sie ihre Meinungen über politische und wirtschaftliche Fragen austauschten, die für die beiden Länder von Bedeutung sind. Auch die weitere Entwicklung der italienisch-russischen Beziehungen war Gegenstand dieser Aussprache.

Die „erfundenen“ Femeurde. In einer Schimpferei der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den Heidelberger Professor Gumbel finden wir den erschütternden Satz: „Er (Gumbel) ist der Mörder der sogenannten Femeurde.“ — Vor sechs Wochen wurden die Femeurde annulliert, jetzt sind sie bereits eine Erfindung. Und die deutschen Gerichte, die wegen dieser „erfundenen“ Morde 25 Todes- und Zuchthausurteile verhängt haben...? Und die 12 ausgegrabenen und gerichtlich festgestellten Leichen...? Alles Erfindung!

Vom Spittelmarkt zur Lindenstraße

Dem rasch zunehmenden Verkehr der Stadt Berlin konnte das alte Straßennetz nicht mehr genügen, es fehlte vor allem an direkten Verkehrsadern. Um welche zu schaffen, griff man wie anderorts, besonders in Paris, zu dem Mittel des Straßendurchbruchs in Gestalt von Untertunnelung oder Abriß der im Wege stehenden Gebäude. So war schon vor dem Kriege die Hedemannstraße zur Friedrichstraße durchgebrochen und die Charlottenstraße zur Lindenstraße verlängert worden.

jetzt durchbrochen; wenn auch der Verkehr den neuen Weg noch nicht benutzen kann, so läßt sich doch schon teilweise das neue Gesicht der Durchbruchstraße erkennen. — Unser Bild zeigt den Durchblick vom Spittelmarkt aus auf den Turm der Jerusalemer Kirche, der malerisch die Häuserzeile der Lindenstraße überragt.



Der neue Durchbruch mit Blick auf die Jerusalemer Kirche.

Am Freitag Staatskommissar? Die Fraktionsführer beim Bürgermeister.

Gestern fand eine eingehende Besprechung der Führer der Ratshausfraktionen mit Bürgermeister Scholz über die Finanzlage Berlins statt. Diese Besprechung hat — wie nicht anders zu erwarten war — kein positives Ergebnis gehabt. Man weiß jedoch nun, daß die Staatsregierung mit der Ernennung des Staatskommissars noch einige Tage warten wird, um dem Stadtparlament am Donnerstag noch einmal Gelegenheit zu geben, von sich aus über die Deckungsvorschläge des Magistrats zu entscheiden.

Der Bürgermeister teilte den Fraktionsführern noch einmal mit, daß das für das Haushaltsjahr 1930 zu erwartende Defizit nach den derzeitigen Berechnungen des Stadtkämmerers ungefähr mindestens 90 Millionen betragen würde. Eine genaue Schätzung des endgültigen Ergebnisses schon jetzt sei überaus schwierig; gleichwohl stehe ein sehr erhebliches Defizit absolut fest. Daher sei trotz aller Drofflung bei den Ausgaben aus Haushalts- und fassenmäßigen Gründen die Schaffung neuer Einnahmen dringend erforderlich, ganz besonders bei Berücksichtigung der Haushaltslage 1931. Hier ergebe der vorläufige Ueberschlag ebenfalls eine Fehlsomme von über 100 Millionen.

Die Fraktionen müßten daher nochmals dringend um Zustimmung zur Realsteuererhöhung gebeten werden, nachdem sie die Einführung der Bürgersteuer und der Schandverlehrssteuer abgelehnt hätten. Die Fraktionen müßten aber ferner dringend um Zurückhaltung bei der Bewilligung von Ausgaben und vor allem auch der Ersuchen an den Magistrat um neue Ausgaben gebeten werden. Derartige Ausgaben wären aus Mangel an Kassamitteln einfach nicht zu leisten.

Auto rast in Sängerschar.

Ein Toter, 7 Schwere und 20 Leichtverletzte.

Stuttgart, 24. November.

Sonnabendabend fuhr das Auto eines Heilkundigen in dem Stuttgarter Borori Gaisburg in eine Sängerschar, die einem Sangesbrüder ein Ständchen bringen wollte. 28 Personen wurden verletzt, darunter befanden sich sieben Schwerverletzte. Einer der Schwerverletzten starb wenige Minuten nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Wenn die Polizei nicht eingeschritten wäre, hätte man den Heilkundigen getuschelt.

Der neue Bahnhof Alexanderplatz.

Umbau dauert noch ein Jahr — Uebergang zur U-Bahn.

Der zur Verstärkung der Stadtbahnbogen und gleichzeitig zur Schaffung größerer Bequemlichkeit für das Publikum vorgesehene Umbau des Reichsbahnhofes Alexanderplatz muß schrittweise unter Aufrechterhaltung des Betriebes und Verkehrs vorgenommen werden. Dieser Tage ist die vom Stadtbahnsteig zur Dirschstraße führende neue östliche Abgangsstreife fertiggestellt und in Benutzung genommen worden. Die provisorische mittlere Abgangsstreife wird damit entbehrlich. Mitte Dezember wird auch die neue Aufgangsstreife vom Vorraum in der Köhlerstraße nach dem Stadtbahnsteig dem Verkehr übergeben werden können. Der Uebergang von der Untergrundbahn zur Stadtbahn wird mit Inbetriebnahme der neuen Untergrundbahnlinie Alexanderplatz—Lichtenberg wesentlich erleichtert werden. Der Umbau des Reichsbahnhofes Alexanderplatz wird noch ungefähr ein Jahr dauern.

Förderbrücke eingestürzt!

Sieben Monteure getötet! — Sechs Arbeiter schwerverletzt. Lauchhammer, 24. November.

In Alleinleistung im Kreis Liebenwerda sind heute nachmittag bei der Montage einer Förderbrücke durch die Mitteldeutschen Stahlwerke infolge des Abstürgens eines Brückenteils sieben Monteure tödlich verunglückt, sechs Arbeiter wurden schwer verletzt.

Trauerfeier für Dr. Arthur Wolff. Unter außerordentlich starker Beteiligung fand am Montag im Krematorium in Wilmersdorf die Einäscherungsfeier für den plötzlich verstorbenen geschäftsführenden Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Rechtsanwalt Dr. Arthur Wolff, statt. Unter der großen Trauerversammlung sah man den österreichischen Gesandten Dr. Frank sowie den bündischen Gesandten Dr. Jähle, zahlreiche Direktoren Berliner und auswärtiger Bühnen und viele Intendanten aus dem Reich.

Zwei Städte überflutet.

Unwetter überall in der Welt. — Hochwasser und Wirbelstürme.

New York, 24. November.

Der Staudamm des Malsi-Sees bei Corpus Christi im Staate Texas ist gedrochen. Das Kraftwerk wurde vollständig zerstört. Die sich in den Arroyos-Fluß ergießenden Wassermengen richteten verheerende Verwüstungen an, besonders in den Städten Casrula und Blünzer, die vollkommen überschwemmt wurden.

London, 24. November.

Wie aus New York gemeldet wird, wurde Hollywood am Montag von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht. Bisher konnten sechs Tote und zwanzig Verwundete geborgen werden. Der Sachschaden beträgt etwa vier Millionen Mark.

Advertisement for 'Unternehmer' magazine, featuring the name 'W. Seemann' and 'G. Wöhle'.

Gelassen sah ihm Ludwig zu. Einmal mußte ja diese Federputzerei ein Ende nehmen. Er hatte Zeit zu warten und verfaßte nichts. Im Grunde aber war er gespannt, wie dieses Duell zwischen ihm und dem Budligen enden würde. Vertrauenerweckend und mutmachend waren anscheinend die Empfangsmethoden der Firma Hundskötter nicht. Wenn der Chef ebenso grob und ungeschliffen war wie sein Buchhalter, na, dann war es wohl das Beste, ohne lange zu warten, gleich nach Hause zu traben.

Der Buchhalter verzog den Mund in die Breite und nicht. „Gut, dann werde ich mit ihm selber reden!“ sagte Ludwig, stand auf und verschwand hinter der verhängten Glasür. Der Budlige rannte aufgeregt hinter ihm her, den Kopf schief gelegt wie eine abgerissene Birne: „Der Chef hat keine Zeit, Herr... Können Sie nicht hören, Herr? ... In diesen Raum hat niemand Zutritt, Herr... Dafür ist das Kontor da, Herr... Kommen Sie später, Herr... Zurück! sage ich! Ich verbiete Ihnen, weiterzugehen, Herr! ...“ Ludwig schüttelte die zornstolpernden Worte des Budligen ab wie lästige Fliegen.

alter Jude, mit nicht unshönem, aber podennarbigem Gesicht trat in das Zimmer. „Moin!“ sagte er kurz. „Guten Morgen, Papa!“ sagte der Junge, sichtlich froh, durch den Eintritt des Alten einer ihm peinlichen Situation entgehen zu sein. „hier ist ein Meister, der Arbeit haben möchte.“ Nach diesen Worten verfügte er sich an seinen Schreibtisch und fing an, seine Fingernägel zu polieren, die blühbiant waren und einer Auffrischung absolut nicht bedurften. Der Alte zog sich umständlich seinen Ueberrock aus und setzte sich an einen dritten Tisch. Dann nahm er eine Brille aus einem sehr abgenutzten Futteral, zog ein knallrotes Taschentuch und putzte die Brille mit einer Andacht und Ruhe, als ob er Gottesdienst halte. Schließlich setzte er sie auf die gewaltige Nase und sah Ludwig voll ins Gesicht. Der hielt den Blick aus.

(Fortsetzung folgt.)

Gutachten gegen Gutachten.

Weiter Dunkel im Frenzel-Prozess. / Neue Zusammenstöße.

In der Nachmittags-Sitzung des Frenzel-Prozesses erstattete der Neuroarzt und Psychologe Dr. Placzek sein Gutachten über die Glaubwürdigkeit Gertrud und Hilde Frenzels. Der Sachverständige stellte sich auf den Standpunkt, daß sich bei Gertrud Frenzel nicht der geringste Anhalt für irgendwelche geistige Erkrankung oder auch nur Abartung ergeben habe.

Auf Grund der zahlreichen Zeugenaussagen gab der Sachverständige dann ein sehr ausführliches Charakterbild Gertruds und schloß seinen eigenen Eindruck bei ihren Vernehmungen vor Gericht in die Worte zusammen: „Ein Gesicht, das nicht lügen kann, wenigstens nicht bewußt.“ Sie habe eine tiefe Eindrucksfähigkeit angesichts des Gerichtshofes gezeigt, die stark kontrastiere mit dem Verhalten ihrer Schwester Hilde.

Der Sachverständige, dessen Gutachten mehr als zwei Stunden in Anspruch nahm, schloß seine Ausführungen mit folgendem Urteil:

„Gertrud Frenzel muß nach ihrem persönlichen Eindruck, wie nach der Gesamtbeurteilung zahlreicher Zeugen und Sachverständigen als glaubwürdig erachtet werden, nicht zuletzt auch deshalb, weil dieses sichtlich hochstehende, zielbewußte Mädchen noch, als sie ins Pfarrhaus geflüchtet war, allabendlich für den Vater betete, ihm Schicksal in Gottes Hand legte und auch Frau Schenk bat, mit ihr zu beten.

Dieses Gutachten löste bei dem Angeklagten Frenzel heftige Erregung aus und er machte Dr. Placzek den Vorwurf, daß er bei der Beweisaufnahme gefällene Äußerungen unrichtig wiedergegeben und schief gedeutet habe. Der Sachverständige verbat sich energisch diese Einwände, und es kam zu ziemlich heftigen Zusammenstößen. Die Verteidiger erklärten, daß sie keinen Anlaß hätten, angesichts dieses Gutachtens irgendwelche weiteren Fragen an Dr. Placzek zu stellen. Die Sachverständigen Prof. Cramer und Sanitätsrat Dr. Leppmann betonten, daß sie an dem Inhalt ihrer Gutachten, zu denen sich Dr. Placzek in Widerspruch gesetzt hat, in vollem Umfange festhielten.

Arbeiterjugend und Reichsbanner.

Eine Erklärung des Bezirksvorstandes der SAJ.

Der Bezirksvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin bittet um Veröffentlichung folgender Erklärung: In Verbindung mit den Vorgängen gelegentlich der Internationalen Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei am Freitag, dem 21. d. M. in den Autohallen am Kaiserdamm, wird im „Berliner Tageblatt“ und in der „Berliner Volkszeitung“ vom Sonnabendabend berichtet, daß die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) einen proletarischen Ordnungsdienst ins Leben gerufen hat. Die beiden Blätter sind einem offensichtlichen Irrtum zum Opfer gefallen. Der Reichsausschuß der Sozialistischen Arbeiterjugend hat bereits vor längerer Zeit folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Reichsausschuß billigt den Beschluß des Hauptvorstandes, keine Jungordnungsgruppe innerhalb der SAJ zu bilden. Die besondere Zusammenfassung von Parteigenossen zum Schutz von Veranstaltungen und Einrichtungen der sozialistischen Arbeiterbewegung ist Aufgabe der Partei. Die junge Generation der Arbeiterschaft wird sich an der Erfüllung dieser Aufgabe mit aller Kraft beteiligen.“

Darüber hinaus hat der Bezirksvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin es ausdrücklich durch einstimmigen Beschluß abgelehnt, einen Ordnungsdienst im Rahmen der Arbeiterjugend zu schaffen. Es entspricht auch nicht den Tatsachen, daß die SAJ in Berlin knapp 400 Mitglieder zählt. Hier liegt offensichtlich eine Verwechslung mit der Jungsozialistischen Vereinigung (JSV) vor. Die JSV zählt in Berlin weit über 4000 Mitglieder und hat keinen proletarischen Ordnungsdienst oder eine ähnliche Organisation in ihren Reihen. Von einer „gehässigen Agitation der SAJ gegen das Reichsbanner“ kann keine Rede sein.

Kommunistische Aktion vereitelt.

Um die Mietervertretung der Wohnstadt Carl Legien.

Ein provisorischer Mieterausschuß hatte zu Montagabend eine Versammlung der Mieter der Wohnstadt Carl Legien einberufen. Der Vorsitzende dieses „unpolitischen“ Ausschusses erzielte sofort, bevor noch eine Meldung zur Diskussion erfolgen konnte, dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Oberdörfer das Wort. Genosse Gylora protestierte gegen diese Art der Geschäftsführung wie gegen die Zulassung des nicht in der Siedlung wohnenden Herrn Oberdörfer, von dessen Auftreten als Redner in der Versammlung einladung kein Wort gesagt worden war. Herr Oberdörfer wollte eine Erklärung abgeben, allein die Versammlung konnte erst weitergeführt werden, als der kommunistische Landtagsabgeordnete abgezogen war. Nach langem Hin und Her wurde an Stelle des „unparteiischen“ Mieterausschusses eine von unseren Genossen in Vorschlag gebrachte Kommission mit der Einberufung einer neuen Versammlung zur Wahl einer Mietervertretung betraut, da in der Versammlung die eigentliche Wahl einer Mietervertretung der beschränkten Raumverhältnisse wegen nicht vorgenommen werden konnte.

Tödlicher Verkehrsunfall in Tempelhof.

Vor dem Hause Rantaustraße in Tempelhof ereignete sich am Montagmorgen ein tödlicher Verkehrsunfall. Ein etwa 40- bis 50-jähriger Radfahrer kam mit seinem Fahrrad plötzlich zu Fall und geriet unter den Anhänger eines nachfolgenden Lastautos. Die Räder des schweren Gefährtes gingen über den Radfahrer hinweg, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Personalien des tödlich Verunglückten konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Die nächste Stadtkonferenz findet am Donnerstag, dem 27. November 1930 statt. Beginn der Beratungen um 16% Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung des Nachtragsbudgets für 1930. Berichterstatter ist der sozialdemokratische Stadtkonferenzmitglied Robinson.

Jugendbuchausstellungen in Pantow. Das Bezirksjugendamt Pantow veranstaltet gemeinsam mit dem Volkshilfsamt und dem Jugendheim Pantow die Ausstellung des Bezirks-Büchereivereins Pantow in der Zeit vom 20. November bis 2. Dezember drei Jugendbuchausstellungen in der Turnhalle der S. Volkshilfe Pantow, Röllingstraße 68, dem Leseraum der Stadtbücherei Pantow, Neue Schönholzer Str. 35, Pantow, und dem Lesesaal der S. Volkshilfe, Riederschanhausen, Hakenburger Str. 71/72.

Die Mißhandlungen im Wachlokal.

Prozess gegen die drei Schupo-Beamten. — Vernichtende Zeugenaussagen.

Der Prozess gegen den Polizeioberwachmeister Gertner wegen Mißhandlung und die Polizeioffiziere Aisdorf und Mader wegen Begünstigung gab in seinem weiteren Verlauf einen Einblick in die Zustände auf einem Polizeirevier, wie sie nicht sein sollen und wie sie von den vorgeführten Stellen unter keinen Umständen gebildet werden können. Bekanntlich hat der Polizeipräsident seinerzeit unverzüglich eine Disziplinaruntersuchung in die Wege geleitet.

Uebereinstimmend erhellte aus den Befragungen der als Nebenkläger zugelassenen Zeugen, daß die Gruppe des Arbeiterschützenbundes bei ihrer Rückkehr von einem Vergnügen in der Friedenstraße am 1. Mai 1929 von einer Polizeistreife festgenommen wurde, weil die Beamten in den Futteralen, in denen die Luftgewehre über der Schulter getragen wurden, scharfe Waffen vermuteten. Wie der Führer der Arbeiterschützenabteilung behauptet, verließ der Transport bis zum Polizeirevier 82 ohne Zwischenfälle. Der Zeuge wandte sich an den Polizeioberleutnant, um ihm die Harmlosigkeit seiner Vereinskameraden vor Augen zu führen und bestätigte dem Offizier, anständig behandelt worden zu sein. Kaum aber waren die sieben Sittierten im Hause des 82. Reviers, als die Erzeugnisse ihren Anfang nahmen. Schon auf der Treppe mußten sie durch eine Gasse von Schupo-Beamten förmlich Spießruten laufen, wurden gestoßen, mit Gummiknüppeln geschlagen und niedergetreten, so daß sie zum Teil buchstäblich auf allen Vieren die Treppe heraufkrochen. In der Wachtstube haben nach den Zeugenaussagen die Mißhandlungen ihren Fortgang genommen. Alle trugen, wie die vorgelegten ärztlichen Urteile erwiesen, mehr oder minder schwere Verletzungen davon. Die Ärzte bestätigten blutunterlaufene Wunden im Gesicht, auf dem Rücken, in der Nierengegend und auf dem Gefäß, in einem Falle sogar den Abdruck eines Stiefelabsatzes auf dem Körper eines Mißhandelten. Erst das Eingreifen des damaligen

Majors Mader machte weitere Ausschreitungen der Beamten unmöglich. Der inzwischen verabschiedete Leiter des Reviers, Hauptmann Aisdorf, hat sich mit einem

„Nun ist es genug!“

begnügt, ohne seinen Beamten im übrigen die grobe Ungenauigkeit und Würdelosigkeit ihres Verhaltens klagzumachen.

Die Befragungen der zahlreich geladenen Schupo-Polizeibeamten gingen sich untereinander. Nur einer von ihnen mit Mißhandlungen gesehen haben, alle anderen haben von den höchsten Ränge vorchriftsmäßigen Ausschreitungen nach ihren Zeugenaussagen nichts bemerkt. Der Staatsanwalt und der Vertreter der Nebenkläger beantragten die Nichtverurteilung dieser Zeugen, das Gericht gab diesen Anträgen insoweit statt, als es außer zwei Schupo-Offizieren, die dem Angeklagten Oberwachmeister Gertner als frühere Vorgesetzte ein sehr gutes Zeugnis ausstellten, und eines Polizeihauptwachmeisters, der zugeb, Mißhandlungen gesehen zu haben, sämtliche Polizeibeamten wegen dringenden Verdachtes der Mittäterschaft, Mitwisserschaft oder Begünstigung nicht verurteilt hat.

Mit Recht wies der Vorsitzende im Laufe der Beweisaufnahme auf den schweren und verantwortungsvollen Dienst hin, der gerade in kritischen Zeiten, wie denen um den 1. Mai 1929, von den Polizeibeamten versehen wurde. Ebenso aber sprach er schon gestern eine strenge und unerbittliche moralische Beurteilung über die Vorführer von Mißhandlungen an unschuldigen und wehrlosen Menschen aus.

In vergerückter Nachmittagsstunde wurde die Verhandlung vertagt. Die Plädoyers werden die heutige Sitzung ausfüllen, die um 9 Uhr beginnt. Das Urteil wird in den frühen Nachmittagsstunden verkündet werden.

Das „Haus des Rundfunks“.

Der Riesenbau am Funkturm vor der Vollendung. — Das erste Rundfunkmuseum

Am Kaiserdamm geht das riesige neue „Haus des Rundfunks“ seiner Vollendung entgegen, das vom nächsten Jahre ab alle in Berlin ansässigen Instanzen des Rundfunks in seinen Räumen vereinen wird.

Das Erdgeschoss und erste Stockwerk wird die Funkstunde aufnehmen, einen Teil des zweiten Stockwerks und das ganze dritte Stockwerk wird die Reichsrundfunkgesellschaft beziehen, während die „Deutsche Welle“ den übrigen Teil des zweiten Stocks belegt. Im dritten Stockwerk wird das Archiv untergebracht und ein Vorkauf mit umfassender Rundfunkliteratur aus aller Welt geschaffen, der auch dem Publikum offen stehen soll. Das vierte Stockwerk ist einem Rundfunkmuseum vorbehalten, das die gesamte Entwicklung des Rundfunks von seinen ersten Anfängen an praktischen Beispielen zeigen wird.

Den Mittelpunkt des neuen Hauses bildet natürlich der große Senderraum, der nicht nur der größte, sondern auch der modernste der Welt sein wird. Dieser Saal, der bei einer Höhe von 12 Metern durch vier Stagen geht, enthält eine Orgel und bietet Raum für Rosenhöre und Messensenen. Daneben liegt ein besonderer Raum für Proben und zwei kleinere Senderräume unter Berücksichtigung aller bisher gemachten Erfahrungen, einer davon mit verstellbaren Wänden. Ferner sind in größerer Anzahl zweckentsprechende Nebenräume für Garderoben, Umkleiden und Aufenthalt der mitwirkenden Künstler geschaffen.

Neue Kunstwerke für Berlin.

Der Magistrat teilt jetzt mit, an welchen Plätzen die im letzten Jahre von der Stadt erworbenen Kunstwerke Aufstellung finden sollen.

Die von dem Bildhauer Heinz Tichauer erworbene Bronzefigur „Profetiarier“ soll auf dem Wörther Platz im Bezirk Prenzlauer Berg, die Marmorplastik von Otto Placzek „Sitzendes

Mädchen“ in der Vorhalle des neuen Stadtbades Schönberg aufgestellt werden. Die „Männliche Figur“, ein Werk des Bildhauers Ernesto de Fiori (Bronzoplastik), hat bereits auf dem Rudolf-Wilde-Platz gegenüber dem Rathaus Schönberg ihren Standort gefunden. Auf dem Platz gegenüber dem Rathaus in Marien-dorf im Bezirk Tempelhof soll der „Bierkinderbrunnen“, eine Arbeit des tüchtig verstorbenen Bildhauers Waldemar Berger, aufgestellt werden. Die drei Bronzeplastiken „Rüst“, „Throner“ und „Lang“ darstellend, die die Stadt von Bildhauer Walter Suttowill erworben hat, soll dem Bezirksamt Treptow überwiesen werden, um sie im Volkspark Buchholz, und zwar im Hedenparken, zu gruppieren. Der „Fußballspieler“ des Bildhauers Eberhard Ende wird dem Bezirksamt Charlottenburg für den Volkspark Jungfernheide überwiesen. Das Bezirksamt Panitzsch erhält für den dortigen Bürgerpark die von der Bildhauerin Dorothea Schaper erworbene Bronzeplastik „Diana“. Die Bronzeplastik „Sitzendes Mädchen“ von Karl Trumpp soll in der Stadthalle in Wilhelmsee Aufstellung finden.

„Agl. Technische Hochschule“!

Als Ergänzung zu unserem vor einigen Tagen veröffentlichten Beitrag „Wo bleibt der Rektor“, der sich mit der Republikfeindlichkeit an der Technischen Hochschule beschäftigte, schreibt uns die Republikanische Beschwerdestelle:

Wir möchten Sie ergebet darauf aufmerksam machen, daß die Republikfeindlichkeit der Technischen Hochschule soweit geht, daß diese famous Hochschule noch jetzt ein Universitätsbanner führt, das deutlich sichtbar folgende Bezeichnung trägt:

„Agl. Technische Hochschule“.

Also auch in dieser Beziehung hat man sich noch immer nicht an die Republik, die der Hochschule immerhin die nötigen Mittel zur Verfügung stellen darf, gemöhnen können!

250 Jahre Berliner Weißbier.

Das berühmte Alt-Berliner Nationalgetränk, das „Weißbier“, kann in diesen Tagen das 250-jährige Jubiläum der ersten urkundlichen Erwähnung in einer Mißbrennung vom 9. November 1680, feiern. Tatsächlich ist das Weißbier wohl schon um 1600 nach Berlin gekommen. Zunächst wurde es nach seinem in Hannover gebräuteten angeblichen Erfinder „Bronhan“ genannt. 1530 wird „berlinisches Weißbier“ kurz in einem Nachbuch erwähnt, aber fast um dieselbe Zeit klagt der Herrscher Wallenstein bei seinem Aufenthalt in der Mark Brandenburg und in Berlin, daß es hier kein Weißbier gebe. Das gute Berliner obergärige Weißbier im heutigen Sinne stammt also ungefähr aus der Zeit kurz vor der ersten urkundlichen Erwähnung (anfangs der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts). Gegenwärtig besteht noch die älteste der früher zahlreichen Weißbierstuben, die aus dem Jahre 1780 stammt, in der Klosterstraße, jedoch ist im vergangenen Jahr auch im modernen Westen Berlins, am Kurfürstendamm, eine Weißbierkneipe eröffnet worden.

Hast Du schon ein Los der Arbeiterwohlfahrt?

Wenn nicht, dann kaufe dir noch heute eins! Der Preis für das Einzellos beträgt nur 50 Pfennig. Dafür kannst du allerlei gewinnen: Landhäuser oder Wohnendhäuser, Klaviere, Sprachapparate, Kücheneinrichtungen, Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen. Im ganzen werden in der am 19. und 20. Dezember dieses Jahres stattfindenden Ziehung 139674 Gewinne und zwei Prämien mit einem Gesamtwert von 300000 Mark ausgespielt. Wer es wünscht, kann auch Bargeld bekommen; denn alle Gewinne sind mit 90 Proz. ihres Wertes auszahlbar. Bestenfalls also dein Glück und nimm dir ein Los! Glückwünsche mit 10 Loten kosten 5 Mark.

Deutscher zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Der Deutsche Koch, der am 13. März dieses Jahres beim Kauf eines Revolvers einen Pariser Waffenhändler in dessen Laden erschossen hatte, wurde vom Pariser Schwurgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Im Berliner Theater gelangt ab Dienstag wieder das Schauspiel „Selbsteinschließung“ zur Aufführung. Beginn 8 1/2 Uhr. Dienstag nachmittags 12 Uhr das lustige Kindermärchen „Der König Knoccorich, der keine Eierkuchen backen konnte“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaft: Berlin S. 14, Gedalienenstr. 37-38, Tel. 2 27.
Dienstag, 25. November, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Mittwoch, 26. November, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Donnerstag, 27. November, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Freitag, 28. November, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Samstag, 29. November, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Sonntag, 30. November, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Montag, 1. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Dienstag, 2. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Mittwoch, 3. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Donnerstag, 4. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Freitag, 5. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Samstag, 6. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Sonntag, 7. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Montag, 8. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Dienstag, 9. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Mittwoch, 10. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Donnerstag, 11. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Freitag, 12. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Samstag, 13. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Sonntag, 14. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Montag, 15. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Dienstag, 16. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Mittwoch, 17. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Donnerstag, 18. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Freitag, 19. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Samstag, 20. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Sonntag, 21. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Montag, 22. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Dienstag, 23. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Mittwoch, 24. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Donnerstag, 25. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Freitag, 26. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Samstag, 27. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Sonntag, 28. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Montag, 29. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.
Dienstag, 30. Dezember, Kitzgarten, 19 Uhr. Sitzung.

Wichtigster Inhalt sozialdemokratischer Kreise, Sitzung Donnerstag, 27. November, 20 Uhr, im „Wohnhaus“, Tuchlauben Str. 8, Eingangsbereich. Die Kassenrechnung zur RBC. Referenten: Carl Eise, R. S. R., Dr. Otto Stoll, Dr. Alfred Koch.
Berliner Kreis, Arbeiterjugend, Berlin-Süd, Donnerstag, 27. November, 20 Uhr, bei Brüder, Schulstr. 1.
Jugendklub, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Jugend-Bundes, Donnerstag, 27. November, 20 Uhr, im Jugendheim Schönberg, Straße 48. Der Klubabend richtet an die Eltern der Parteigenossen die Bitte, ihre langgestreckten Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren zu uns zu schicken.
Ehrenamtliche Helfer, Ein großer Ehrenamtliche Braut auf neuerlicher Grundlage beginnt am Donnerstag, dem 27. November, 20 Uhr, im Tappetenfabriken Kaufmannsamt, Dortheustra. 11, Interessenten sind willkommen.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

Problematische Kohlenverbilligung

Umgehung des Kohlewirtschaftsgesetzes. — Die Bergarbeiterlöhne.

Die Kohlenpreiskontrollen sind mit dem am vorigen Freitag gefassten Beschlusse des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats, seine für das unbefristete Gebiet gültigen Listenpreise ab 1. Dezember um durchschnittlich 8,7 Proz. zu senken, noch nicht erledigt. Solange das Kohlewirtschaftsgesetz noch besteht, liegt die letzte Entscheidung über die Kohlenpreissenkung beim Reichskohlenrat, der gemeinsam und übereinstimmend mit dem Reichskohlenverband — dem Syndikat der Kohlenproduzenten — die Kohlenpreise bestimmt und sie durch den Kohlenverband im „Reichsanzeiger“ amtlich veröffentlichte läßt.

Bisher sind die Organe der Kohlenwirtschaft noch nicht zu ihrer gesetzlich festgelegten Mitwirkung an der Preisfestsetzung herangezogen worden. Ihre Ausschaltung nimmt der angekündigte Preisherabsetzung jeden gesetzlich verpflichtenden Charakter.

Das ist um so bedauerlicher, als die Preisfestsetzung ohnehin schon recht lange hinausgezögert worden ist und dadurch eine Marktbeunruhigung hervorgerufen hat, die bei einer größeren Entschlußkraft der Kohlenproduzenten und des Reichswirtschaftsministeriums vermeidbar gewesen wäre.

Die Legalisierung der Preisermäßigung ist keinesfalls entbehrlich. Auf den veröffentlichten Reichsanzeigerpreisen bauen sich nämlich eine ganze Anzahl von Verträgen sowohl in der Gaswirtschaft als auch in der Elektrizitätswirtschaft auf, die von einem inoffiziellen Preisabbau gar nicht berührt werden würden. Das gilt auch für andere Verträge, die eine Kohlenkaufsel enthalten. Schließlich ist auch der amtliche Preisindex auf den offiziellen Reichsanzeigerpreisen aufgebaut. Würde man es bei dem einfachen Syndikatsbeschlusse lassen, so wäre damit der Erfolg der Kohlenpreissenkung erheblich gefährdet, insofern, als damit einer Preiswillkür des Syndikats Tor und Tür geöffnet sein würde. Es könnte in geeigneten Fällen immer darauf hingewiesen, daß das freiwillige Preisgeständnis die Befugnis, eigentlich den festgelegten höheren Reichsanzeigerpreis zu nehmen, gar nicht berühre und eine Abweichung vom Syndikatslistenpreis zulässig wäre.

Das könnte zu einem Durcheinander führen, dem man beizukommen müßte. Zum mindesten sollte man doch glauben, daß das Reichswirtschaftsministerium eine so offensichtliche Gesetzesumgehung nicht dulden wird. Auch der größte Teil des Reichskohlenrates, dessen großer Ausschuss am Mittwoch zusammentrat, wird sich nicht einfach beiseite schieben lassen wollen.

Die Bedeutung des Syndikatsbeschlusses soll nicht verkleinert

werden. Ob er im Ausmaß zureichend ist, wird sich vorher mit einiger Sicherheit schwerlich sagen lassen. Geht man von der letzten Preiserhöhung im Mai 1928 aus, so bleibt

die jetzige Preisfestsetzung sowohl absolut als auch prozentmäßig beträchtlich hinter der Preiserhöhung von 1928 zurück.

Der Preis für die Standardsorte ist damals von 14,87 M. auf 16,87 M., also um 2 M. erhöht worden. Auf den reinen Durchschnittslistenpreis bezogen, d. h. nach Abziehung von Handelsnutzen und Umsatzsteuer, machte die damalige Erhöhung 13,4 Proz. aus, während die jetzige Ermäßigung bereits bei 8,7 Proz. halt macht.

Doch das Prozentbild zeigt noch nicht alles. Tatsächlich brachte die 1928er Preiserhöhung dem Syndikat die Möglichkeit einer Rehereinnahme von rund 7 1/2 Millionen Mark monatlich. Von dieser Rehereinnahme werden jetzt, je nach dem Umfang des unbesetzten Gebietes, nur 4 1/2 bis 5 Millionen wieder hergegeben. Würde man den ganzen Schritt von 1928 wieder rückgängig machen, so blieben von der Rehereinnahme noch 2 1/2 bis 2 3/4 Millionen Mark monatlich übrig, die für das besetzte Gebiet eingesetzt werden könnten. Ob das im ganzen Umfang notwendig ist, erscheint zweifelhaft. Wünschenswert wäre jedenfalls, daß man die Preisfestsetzung für die Inlandskohle, die ja damals auch die ganze Preiserhöhung auszuhalten hatte, nicht vorzeitig abdämpft. Man darf bei aller Würdigung des Kohlenexportes niemals übersehen, daß normalerweise zwei Drittel des Ruhrkohlenabfahres auf das Inland entfallen und daß der Inlandmarkt es ist, der am notwendigsten einer Befestigung durch billigere Preise bedarf.

Dabei ist der von den Zehenden angestrebte Vertoppung zwischen Kohlenpreis und Bergarbeiterlohn aufs schärfste zu widersprechen. Eine solche Vertoppung ist in umgekehrter Richtung, nämlich bei den Preiserhöhungen, vom Reichskohlenrat und auch vom Reichswirtschaftsministerium stets widersprochen worden. Dieser Widerspruch gilt auch heute beim Preisabbau. Prinzipien sollen nicht einseitig ausgelegt werden. Ganz abgesehen vom Prinzip besteht aber auch für solche Vertoppung kein sachlicher Anlaß. Die bevorstehende Reichskohlenratsitzung wird Gelegenheit geben, diesen Standpunkt im Interesse einer wirksamen Kohlenpreisermäßigung gegenüber der hartnäckigen Entlohnungsoffenheit der Zehendenbefugter auf Kosten der Bergarbeiter zu verteidigen.

Dr. Berger-Bochum.

Der Druck der Kohlenkrise.

11 Proz. Förderleistung bei Stein, 15,2 Proz. bei Braunkohle

Die Kohlenförderung in Deutschland stellte sich nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes im Oktober auf 12,2 Millionen Tonnen im Steinkohlenbergbau, was einem Förderanstieg von 17,5 Prozent gegen Oktober 1929 entspricht, und auf 13,1 Millionen Tonnen im Braunkohlenbergbau, was einem Förderanstieg von 17,6 Prozent gleichkommt.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 120,3 gegen 135,6 Millionen Tonnen Steinkohle, 122,5 gegen 144,5 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert und 27,8 gegen 31,9 Millionen Tonnen Koks produziert. Bei der Steinkohle liegt also gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ein Förderanstieg von 11 Prozent, bei der Braunkohle sogar um 15,2 Prozent und bei Koks eine Produktionsleistung um 13 Prozent vor. Daß die Kohlenmagnaten angesichts eines derartigen Krisenendrucks mit der Preisfestsetzung warteten, bis sie von der Regierung mit der Nase darauf gestoßen wurden, ist für die konjunkturpolitische Einstellung unserer „Wirtschaftsführer“ besonders kennzeichnend.

Kanada gibt deutsche Vermögen frei.

Die Verhandlungen Deutschlands mit Kanada wegen Freigabe des während des Krieges beschlagnahmten deutschen Vermögens haben nach englischen Büllettenmeldungen einen positiven Abschluß gefunden. Danach hat sich die kanadische Regierung bereit erklärt, Deutschland Schuldverschreibungen im Wert von 10 Millionen Mark als Entschädigung für die beschlagnahmten Werte zu übergeben. Wie schon das Beispiel Südafrikas zeigte und jetzt das Entgegenkommen Kanadas aufs neue beweist, sind die englischen Dominions und Tochterstaaten weit mehr auf Wahrung der alten internationalen Rechtsgrundsätze bedacht, als das britische Mutterland. Wie der kanadische Staatssekretär Ronan erklärte, wird auch mit Oesterreich eine gleiche Regelung stattfinden.

Enorme Bierprofile.

Trotz starken Absatzrückganges.

Der größte Münchener Brauereikonjunkt A. O. Paulauer Brau-Salvator- und Thomasbräu zählt seinen Aktionären für das jetzt abgeschlossene Geschäftsjahr 1929/30 außer einer 12prozentigen Dividende noch einen sogenannten Bonus in Höhe von 3 Proz., so daß sich die Ausbeute für die Aktionäre auf 15 Proz. stellt. Trotz dieser beträchtlichen Gewinnmehrmehrung wurden neben den schon sehr hohen Abschreibungen von 600 000 M. noch weitere 250 000 M. zu Sonderabschreibungen für aufgekaufte Brauereien vom Gewinn abgesetzt. Dieser Brauereikonjunkt finanziert also die Aufkäufe fremder Werte aus laufenden Gewinnen, ein Zeichen, in welchem Maß die beträchtlichen Gewinne noch die schon sehr hohen Dividenden für die Aktionäre übersteigen.

Auch die Profile anderer Groß- und Mittelbrauereien können mit diesem Gewinnzuwachs Schritt halten. So zählt die Bavario- und St. Pauli-Brauerei wieder 14 Proz. Dividende, und die Hofbräuerei in Ulm ebenfalls 14 Proz. Bemerkenswert ist auch der Abschluß des Kumbacher Sandlerbräu. Die Betriebseinnahmen aus dem Bierverkauf sind von 1,94 auf 1,83 Millionen Mark gesunken, dagegen ist der Reingewinn um über 15 Proz. gestiegen, da das Unternehmen durch scharfe Senkung der Rohstoffpreise und verringerte Generalumsätze über 11 Proz. gegenüber dem Vorjahr eingespart hat. Allein der ausgemessene Reingewinn der Gesellschaft entspricht einer Dividende von 25 Proz., wovon 14 Proz. an die Aktionäre gezahlt werden. Angesichts dieser Riesengewinne der Brauereien wird die Frage einer Senkung des Bierpreises immer dringender.

Sabotage der Frachtfersendung.

Was gedenken die Herren von Guérard und Dormmüller zu tun?

Selt Wochen werden die Reichsbahngesellschaft und der Reichsverkehrsminister von allen Seiten um die Durchführung einer Frachtfersendung bekämpft. Im Reichstabinett ist man einhellig der Meinung, daß eine Frachtfersendung notwendig und möglich ist. Nur der Reichsverkehrsminister Herr v. Guérard war bisher nicht wohl zu bekommen. Der preussische Handelsminister hat im Laufe von zehn Tagen zweimal, sowohl den Reichsverkehrsminister als auch die Reichsbahngesellschaft mit Schreiben und Eingaben bestürmt, um wenigstens für Kohle, Erze, Baustoffe, Düngemittel, Getreide und Holz und eventuell für die überhöhten A-Frachtklassen Frachtfersendungen durchzuführen. Über sowohl Herr Dormmüller wie sein quasi Vorgesetzter, Herr von Guérard, liegen auf den Ohren.

Wir glauben nicht, daß das gut ist, nicht für die Gesamtwirtschaft, nicht für die Staatspolitik und auch nicht für die Reichsbahn.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Ersparnisse und Refersen der Reichsbahn für 1930 wahrscheinlich ausreichen, um kein offenes Defizit ausweisen zu müssen. Für 1931 stehen neue beträchtliche Ersparnisse auf dem Personaletat und vor allem beim Sachbedarf außer Zweifel. Die Ausgleichsreserve braucht nicht mehr dotiert zu werden, und wenn die Reichsbahn auch bei ihren Abschreibungen bzw. dem Erneuerungsbedarf etwas sparsamer verfährt, dann sind ziemlich erhebliche Beiträge für eine rationelle Senkung der Frachten verfügbar.

Beim reinen Materialbedarf der Reichsbahn, der 1930 wieder rund 1,5 Milliarden Mark betrug, konnten 300 Millionen auf Kohle und Koks, 200 Millionen auf den Tiefbau, 275 Millionen auf Eisen und Eisenzeugnisse, 145 Millionen auf Fahrzeuge und der Rest auf sonstige Materialien. Rechnet man die kommende Eisenpreissenkung noch mit ein, so sind bei diesen anderthalb Milliarden aber mindestens auch 100 Millionen Mark zu sparen.

Werden die Frachten gesenkt, können durch weitere Preisfestsetzungen weitere Ersparnisse gemacht werden. Die Reichsbahn selbst würde sich mit einer Frachtfersendung am stärksten selber nähren, denn ihre Inanspruchnahme würde steigen. Der Reichsregierung aber, die ihre Ehre für eine Preisfestsetzung eingeseht hat, würde die Reichsbahn in den Rücken fallen, wenn sie Herrn Brüning im Stich läßt. Das sollte sich auch Herr von Guérard überlegen.

Drosselung statt Arbeitsbeschaffung.

Unverantwortliche Politik der Reichsbahn.

Man erinnert sich noch, mit welchem Aufgebot an Propaganda Reichspost und Reichsbahn im August und September die Beschaffung von zusätzlicher Arbeit durch umfangreiche Neuaufträge verkündeten. Ausdrücklich wurde bei diesen Gelegenheiten immer wieder betont, daß es sich bei dem neuen Beschaffungsprogramm um zusätzliche Aufträge und nicht um die normalen Vergabungen an die Industrie handele.

Inzwischen sind fast drei Monate vergangen, die Krise auf dem Arbeitsmarkt hat einen bedrohlichen Grad erreicht, aber um das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung ist es seit dem August immer stiller geworden. Von der Reichspost sind wohl Sonderaufträge vergeben worden, die aber gerade ausreichen, um neue Entlassungen zu vermeiden. Neueinstellungen haben bei der Schwachstromindustrie zur Durch-

führung dieser Aufträge unseres Wissens gar nicht oder nur vereinzelt stattgefunden.

Bei der Reichsbahn scheint man seinerzeit über das Arbeitsbeschaffungsprogramm einfach zur Tagesordnung übergegangen zu sein. Jedenfalls sind bis jetzt noch nicht einmal die 100 Lokomotiven vergeben worden, mit denen sich die oblig. daniederliegende Lokomotivindustrie — bei einer Leistungsfähigkeit von fast 4000 Lokomotiven jährlich — für ein ganzes Jahr abfinden sollte. Dabei haben die Verhandlungen über diese Auftragsvergabe bereits vor sieben Wochen eingeleitet, so daß in der Tat die Vermutung berechtigt ist, daß die Reichsbahn die Gelegenheit künstlich in die Länge zieht. Damit aber nicht genug, geht die Reichsbahn jetzt sogar zu schärfster Drosselung ihrer übrigen Aufträge vor. So hat sie den Waggonfabriken mitgeteilt, daß die für die Zeit von Januar bis Juni 1931 abzuleistenden Aufträge in Höhe von 60 Millionen auf das ganze Jahr gestreckt werden müßten, da weitere Aufträge für 1931 nicht in Frage kämen. Diese Zumutung ist von der Industrie mit dem sehr richtigen Hinweis zurückgewiesen worden, daß sich diese Streckung jetzt technisch und wirtschaftlich gar nicht mehr ohne schweren Schaden der Werke durchführen lasse.

Die Regierung darf dieser Sabotage der Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn, die in schärfstem Gegensatz zu den damaligen Abmachungen steht, nicht tatenlos zusehen. Wie in der Tariffrage, so muß sie auch in diesem Falle der Reichsbahnvermaltung klar machen, daß sie als größtes Unternehmen in Deutschland besonders in derartigen Krisenzeiten volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, denen sie sich nicht entziehen kann.

7 1/2 Prozent für Aufwertungszinsen.

Ein Beschluß des Reichstabinetts.

Das Reichstabinett hat in seiner gestrigen Sitzung dem Reichsrat eine Verordnung vorgelesen beschlossen, nach der für Aufwertungszinshypotheken ab 1. Januar 1932 ein Zinszuschlag von 7 1/2 Prozent festgesetzt wird. Unter Berücksichtigung der Bewilligungsspanne bei Hypothekengeschäften entspricht das der heutigen Pfandbriefzinsen von 7 Prozent. Die Verordnung soll gleichzeitig mit dem jetzt dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 in Kraft treten.

Seit 1928 gilt bekanntlich für Aufwertungszinshypotheken der Zinsfuß von 5 Prozent. Um nicht allgemeine Rückbildungen für 1932 eintreten zu lassen, wird dieser Satz auf 7 1/2 Prozent erhöht. Die Orientierung am Lebensprozentindex dürfte berechtigt und billig sein. Der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf hatte eine besondere Verordnung der Reichsregierung über den Aufwertungszinsfuß vorgesehen; dem will die letzte Maßnahme entsprechen.

10 Proz. Waggondividende.

Der Aufsichtsrat der Gebr. Schöndorff, Waggonfabrik A. O. in Düsseldorf, beschloß, der Generalversammlung für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr wieder eine Dividende von 10 Prozent vorzuschlagen. Der Reingewinn des Unternehmens hat sich von 482 700 auf 500 000 Mark erhöht.

Die Konjunktur im Waggonbau ist also gegenwärtig noch recht gut. Dies bestätigt auch die Entwicklung bei der Hiesiger Waggonfabrik A. O., die ihren Umsatz in dem ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres 1930/31 (Juli bis September) auf der Höhe von 1929 halten konnte.

Verkäufe Zapfen, Salol, Salonic, Kacke 9. Wiederverkaufsstelle, Wäsche usw. Wäsche, Bettwäsche, Handtücher, etc. Wäsche Wäsche, Bettwäsche, Handtücher, etc.	Wohlfühl Wohlfühl, Wohlfühl, Wohlfühl, etc. Wohlfühl Wohlfühl, Wohlfühl, Wohlfühl, etc.	Musikinstrumente Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente, etc. Musikinstrumente Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente, etc.	Unterricht Unterricht, Unterricht, Unterricht, etc. Unterricht Unterricht, Unterricht, Unterricht, etc.
Verkaufe Verkaufe, Verkäufe, Verkäufe, etc. Verkaufe Verkaufe, Verkäufe, Verkäufe, etc.	Wohlfühl Wohlfühl, Wohlfühl, Wohlfühl, etc. Wohlfühl Wohlfühl, Wohlfühl, Wohlfühl, etc.	Musikinstrumente Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente, etc. Musikinstrumente Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente, etc.	Unterricht Unterricht, Unterricht, Unterricht, etc. Unterricht Unterricht, Unterricht, Unterricht, etc.
Verkaufe Verkaufe, Verkäufe, Verkäufe, etc. Verkaufe Verkaufe, Verkäufe, Verkäufe, etc.	Wohlfühl Wohlfühl, Wohlfühl, Wohlfühl, etc. Wohlfühl Wohlfühl, Wohlfühl, Wohlfühl, etc.	Musikinstrumente Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente, etc. Musikinstrumente Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente, etc.	Unterricht Unterricht, Unterricht, Unterricht, etc. Unterricht Unterricht, Unterricht, Unterricht, etc.
Verkaufe Verkaufe, Verkäufe, Verkäufe, etc. Verkaufe Verkaufe, Verkäufe, Verkäufe, etc.	Wohlfühl Wohlfühl, Wohlfühl, Wohlfühl, etc. Wohlfühl Wohlfühl, Wohlfühl, Wohlfühl, etc.	Musikinstrumente Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente, etc. Musikinstrumente Musikinstrumente, Musikinstrumente, Musikinstrumente, etc.	Unterricht Unterricht, Unterricht, Unterricht, etc. Unterricht Unterricht, Unterricht, Unterricht, etc.

Zwei Personen suchen ein Bett

Von Erling Kristensen

Das kleine Fräulein Olga war über das erste Badjahr hinaus, was deutlich aus der Tatsache erhellt, daß sie vor mehreren Monaten eine Stelle in einer Hotelküche angenommen hatte, um Kochen zu lernen. Sie hatte sich hierzu entschlossen, nachdem sie sich klar darüber geworden war, daß das Leben nicht nur aus Tanz zwischen den Tischen, Lippenstift und Rollen Shirts bestand. Es mußte auch etwas auf den Tisch kommen. Die schwarzen Dinger, Töpfe und Pfannen genannt, waren in Olgas Bewußtsein zu Rächten avanciert, mit denen man rechnen mußte. Olgas Wandlung hatte sich ganz plötzlich vollzogen, nachdem sie sich vor mehreren Monaten mit Oskar verlobt hatte, einem großen, gefunden, starken Seemann, der auf weite Reisen ging und ein gutes, reichliches Herz besaß.

Jetzt schwang Olga also die Kochkessel, lang, irriterie und studierte die Schiffahrtsnachrichten der Zeitungen nach dem Verbleib des Kohlenstoffes „Diana“, und mit jedem Hafen, mit dem es sich näherte, wurde sie glücklicher und wunderlicher. Die Hochzeit schwebte jenseits in der Luft.

Eines Tages, gerade zur Mittagsstunde, stand ein Telegraphenbote am Herd, den das Küchenmädchen wohlwollend durch Dampf und Qualm hindurchgestoßen hatte. Er lieferte ein Telegramm ab und verschwand in den treibenden Dunstwolken der Küche. Olgas Hände zitterten, ein Freudenstöhnen entfuhr ihr, der verurteilte, daß sämtliche Küchenfenster und Kumpfen sich in gemeinsamer Erwartung zusammendrängten. Olgas Augen funkelten.

„Er kommt! Er kommt! Morgen werde ich heiraten! Lieber Gott!“

Sie umarmte die Küchenmädchen und schenkte ihnen verlegten Topflappen in der Luft. „Ich werde heiraten!“ Plötzlich erlosch die Glut in ihren Augen, und sie starrte auf das Telegramm. „Komme am 4. Hochzeit am 5. Reise wieder morgen abend.“ „Ja aber — aber...“ Sie hielt den Atem an, bis die Lungen zum Springen voll Luft waren, „dann komme ich ja um die Brautnacht!“

Sie ließ sich auf einen leeren Bierkasten fallen und verbarg das Gesicht in den Händen.

„Das werde ich nicht tun! Es kann Monate dauern, bis Oskar wiederkommt.“

Eine alte Gaderobensfrau trat hinzu: „Na aber — na aber... hat sie sich verbrannt, ist sie krank?“

Alle Köchinnen drängten sich um den Bierkasten. Tiefes Mitleid erfüllte sie.

„Ja — das ist nun wirklich schade für sie.“

Dem Küchenmädchen traten Tränen in die Augen. „Aber so geht es einem nun mal, wenn man einen Seemann liebt — ich habe es dir gesagt, Olga.“

Die Küchenmädchen las das Telegramm: „Der 4. — der 5. — ja aber du hast ja eine ganze Nacht!“

Olga hob den Kopf und starrte in den Küchenrauch, als gewahrte sie eine göttliche Offenbarung. Ein tränenreicheres Lächeln stieg aus tiefer Seele auf und drängte sich nach und nach auf die tränenbenetzten Wangen. Sie erhob sich vom Kasten, wie von einer unsichtbaren Hand geführt. „Das habe ich ja auch — was habe ich denn nur gelesen?“

Die Gaderobensfrau reichte ihrem alten, zitterigen Kopf vor: „Ja aber — das ist die Nacht vor der Hochzeit, denkt an den Myrtenkranz!“

„Quatsch!“ Olga schleuderte den Topflappen hin: „Wenn Oskar doch nun gleich wieder reisen muß!“

Sie blinzelte die Küchenmädchen an. „Ja, mach nur, daß du fortkommst — bis morgen abend ist nicht viel Zeit!“

Olga befand sich außer Atem auf einem dunklen Treppengrad. „Jensen, Dienstmann Nr. 13“ stand auf der Tür vor ihr. Es war der Eingang zu ihrer Wohnung, aber sie war vom Glück und vom schnellen Laufen derart verwirrt, daß sie kaum imstande war einzutreten. Sie hörte die Stimme ihrer Mutter und öffnete die Tür mit einem Ruck.

„Er kommt! Mutter! Ich werde...“

Sie schlug sich mit der Hand auf den Mund und starrte auf einen großen Mann mit rotgeflecktem Gesicht und gelbem Staubmantel. Ihre Mutter lachte und wies mit der Hand auf den Staubmantel.

„Das ist dein Onkel vom Lande, was wollest du denn eigentlich?“

Olga verneigte sich und wurde rot. „Ich will heiraten! Oskar kommt heute. Morgen soll Trauung sein!“

Der Onkel sperrte die Augen auf. „Vehstaend noch einmal, das ist allerhand — da hat man doch wirklich Glück! Kommt man gerade zur Hochzeit zurück!“ Er zwinkerte pfiffig mit den Augen: „Aber na — das ist doch wohl einer, der was hat!“

Die Mutter schnellte vom Stuhl auf.

„Ja — du großer Gott! Morgen Hochzeit! Das ist auch eine Art und Weise, nichts weiß man im voraus! Auf nichts ist man vorbereitet.“

Olga warf den Hut hin. „Ja — ist das nicht toll?“ Sie packte die Mutter bei den Armen. „Aber trotzdem freue ich mich wohnsinnig.“

Plötzlich rief sie die Mutter an sich, küßte ihr was ins Ohr — wußte sie wieder von sich und nicht.

Die Mutter blinzelte den Dienstmann Nr. 13 nachdenklich an.

Er zwirbelte seinen allzu langen Schnurrbart hoch und verließ seiner kleinen Gestalt eine autoritative Haltung, indem er die Brust stark herauspreßte.

„Was gibts?“

Die Mutter blinzelte verlegen drein. Ihre Wangen wurden ein wenig rot. „Ja — sie sagt also, daß sie morgen heiraten werden — und Oskars Schiffsahrt geht schon morgen abend in See — er muß mit dem Nachmittagszug wieder fort, um pünktlich an Bord zu sein.“

„Na ja, was denn?“

Dienstmann Nr. 13 ließ den Schnurrbart los. „Ja was denn?“

Die Mutter bemerkte ein Glänzen auf der Tischplatte, welches sie schnell mit dem kleinen Finger entfernte.

„Das weiß ich nicht.“

„Rein — das weiß ich verdammt noch mal auch nicht!“

Nr. 13 blinzelte verstört nach dem Staubmantel hin.

„Ja, aber das weiß ich!“ Olga setzte ihren kleinen Fuß hart auf den Boden, „wir wollen heute nacht zusammen sein!“

Nr. 13 fuhr auf: „Aber nicht hier — daraus wird nichts!“

„Rein! Olga tanzen die Tränen, als sie die Küsse in der

Stimme ihres Vaters bemerkte. „Aber jetzt gehe ich zum Zug und hote Oskar, und dann werden wir uns in ein Hotel begeben.“

„Der Allmächtige soll uns schützen!“ Der Onkel sagte sich erschreckt an die Ausschläge seines Staubmantels. „Welch eine Moral! Ja, das mag der Himmel wissen! Da bin ich ja in ein richtiges Sündenbündel gekommen. Ich mußte sehr wohl, daß es hier um die Moral sehr schlecht bestellt ist — daß es aber sonst schlecht ist!“ Sein schwerer Kopf schlotterte hin und her. „Und das noch in der eigenen Familie! Das ist die neue Zeit! Modern — — morgen Hochzeit — — und bereits heute nacht ins Brautbett! Rein — der Himmel sei gepriesen, daß man vom Lande ist.“

„Ja — aber Onkel! Olga verstand ihn nicht. Oskar fährt doch zur See. Es kann mehrere Monate dauern, bevor er heimkehrt.“

„Unsinn, oibernes Gemösch!“ Der Onkel sah in seine Brieftasche. „Als ich von der Hochzeit hörte, dachte ich sofort an ein Brautgeschenk, aber wenn auf diese Art Hochzeit gehalten wird, dann...“ Dabei schickte er nach Nr. 13: „Ich bin nicht ein Mann, der die Unzucht geradezu prämiiert — nein — das bin ich nicht. Ich bin Junggeselle und habe glücklicherweise eine reine Weite an — ja das habe ich. Und das selbe verlange ich — der Teufel soll mich holen — auch von anderen. So sind wir Landbewohner! Ja so sind wir!“

Nr. 13 blinzelte von der Brieftasche zu Olga hinüber und brummte Unheilrohrendes. Jedesmal, wenn sein Blick die Brieftasche streifte, wurde sein Gebremme belangloser. „Rein, das ist ja eine reizende Jugend! Das ist die neue Zeit!“ Seine Atemzüge zischelten durch den Bart wie der Herbstwind im struppigen Glas. Wieder blinzelte er nach der Brieftasche. „Daß du dich nicht schämst, du Batsch, hier vor uns zu stehen und so was offenkundig zu sagen! Und das noch obendrein in Gegenwart von Fremden.“

„Ja — aber, Vater“, Olga hielt die Hände vors Gesicht, „wenn Oskar aber doch nur heute nacht hier ist und wir morgen getraut werden!“ Sie stülpte sich den Hut auf und fuhr sich mit der Fächerkante übers Gesicht: „Wie kann man nur so unpraktisch sein!“

Alles erschien ihr plötzlich vollkommen sinnlos. „Ich will mich mit euch nicht mehr darüber unterhalten. Jetzt gehe ich an die

Bahn und hoffe, daß ihr bis morgen zur Vernunft kommt.“ Der Onkel vom Lande holte gemächlich mit der Brieftasche aus, als mehrte er etwas Entsetzliches von sich ab: „Wäre ich an Stelle deiner Eltern, Olga, ich läutete sämtliche Hotels der Stadt an. Das kann man ja nicht verantworten! Rein — nicht verantworten!“

Nr. 13 zückte jurchbar in den Bart und stierte auf die Brieftasche, während er sprach: „Bist du bis sieben Uhr, ja bis Punkt sieben Uhr nicht zu Hause, dann klingeln wir an!“

Der Staubmantel sank auf einen Stuhl. „Ich bin Junggeselle und hatte eigentlich gedacht, Olga in meinem Testament etwas zu vermachen. Aber das kann ja geändert werden, kann geändert werden!“

Nr. 13 griff übermüdet nach seiner Mütze mit dem Messingschild: „Ach — der Herr erbarme sich! Olga! Wir werden anrufen. Ja, das tun wir!“

Olga sah lieberhaft auf die Uhr und griff sich ans Ohr: „Ja — hier läutet es auch — Oskar spricht von mir.“

Der Zug kam hereinbedornt. Olga stand wie ein Meines, warmes, zitterndes Wesen unter den vielen Menschen.

Ein großer, weitergebräunter Mann sprang von einer dichtbesetzten Plattform herunter, und Olga mußte ihren Beistrogen gegen den Mund pressen, um nicht laut zu rufen: „Oskar!“

Sie schloß die Augen, während er absprang. Dann fühlte sie den starken, warmen Druck seiner Hand. „Oskar! Und du mußt morgen schon reisen?“

Er schwang sie herum und trug sie fast nach dem Ausgang. „Das muß ich, aber ich habe Hotel Hamia angerufen und ein Zimmer bestellt. Jetzt bist du meine kleine Front! Bon jetzt an!“

Er blinzelte nach ihrer Handtasche. „Hast du eine weiße Schürze mit? Ich habe mich so darauf gefreut, dich mit einer weißen Schürze im Zimmer herumspazieren zu sehen, wie eine richtige, kleine Frau, verstehst du? Nichts kleidet dich so gut wie eine weiße Schürze.“

Er preßte ihren Arm, während sie gingen. „Denke nur, was habe ich, ein heimatloser Ratze, auch eine Frau wie andere ordentliche Menschen. Hast du eine weiße Schürze, Olga?“

Sie blinzelte ihn aus glückseligen Augen an: „Du großer Junge! Glaubst du, ich laufe mit meinen Schürzen umher?“

Sein braunes Gesicht nahm einen enttäuschten Ausdruck an. „Die Schürzen kleiden dich nun mal so fabelhaft.“

„Lun sie das?“ Sie blieb mitten im Strahlgewühl stehen. „Dann gehen wir an meinen Arbeitsplatz und holen eine.“

(Schluß folgt.)

Rundfunkleben in Amerika

Von R. Francé

Da nur mit Kurzwellen und sonst höchstens mit den kostspieligen Apparaten ein amerikanischer Rundfunkempfang in Europa möglich ist und der wegen dem bekannten Zeitunterschied auch nur in den Morgenstunden nach Mitternacht, weiß man bei uns fast nichts von dem sowohl großartig wie höchst merkwürdig entwickelten Rundfunkleben in den Vereinigten Staaten. Im 600 Sender mit eigenem Programm erfüllen dort von Morgen bis Mitternacht den Äther mit den merkwürdigsten Sendungen, von deren Eigenart man sich schon einen Begriff machen kann, wenn man sich die Inhaber dieser Sender etwas näher betrachtet. Es ist jedermann, der gewisse Garantien leistet, erlaubt, einen Rundfunksender aufzustellen, und so gibt es denn Programme, die nicht nur von den großen Radiogemeinschaften wie in Deutschland gesendet werden, sondern auch von Universitäten, Schulen, Zeitungen, Warenhäusern, Versicherungsgesellschaften, Banken, Kirchen, Bibelgesellschaften, sogar von Radiohändlern.

Bei diesem allergrößten Wettbewerb suchen sich denn die einzelnen Sender nicht nur durch Leistungen, nämlich das Engagieren allererster Kunst- und Vortragskräfte, und die Bewilligung von manchmal märchenhaften Honoraren zu überbieten, sondern entsenden auch Klänge, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und sich eine Art Gemeinde von Hörern zu sichern. Einer der brillantesten, in vielerlei aber auch sympathischsten Züge dieser Klänge ist die Wahl von Schlagworten (Slogans) nennt man sie im amerikanischen Sprachgebrauch, mit denen die Sprecher ihre jeweiligen Stationen ankündigen und unter denen sie vollständig zu werden suchen. Die großen Riesen der amerikanischen Rundfunkwelt, obwohl auch der berühmte Marine-Sender von Washington sich ankündigen läßt als Station „where the timesignals originate“ (woher das Zeitzeichen kommt). Washington ist nämlich für Amerika das, was Kauen für Deutschland ist. Aber im fernsten Westen und noch mehr im östlichen so originellen und lebenslustigen Süden gibt es einen ganzen Karneval von Senderlogos. Da ruft Long Beach in Kalifornien seine Hörer an: „Ich bin die Stadt, wo Ihr Schiff ankommt.“ Tucson in Arizona nennt sich den „Ausweg aus der Wüste“. Das hübschbühmte Los Angeles in Kalifornien kündigt sich an mit: „Freundschaft, Glück, Freude.“ Und Hollywood selbst als: „Ihr Freund in Hollywood.“ Die riesige Industriestadt Pittsburg hat resignierend als Kennwort ihres Senders gewählt: „Die Station der rauchigen Stadt.“ Dagegen ruft Santa Monica in Kalifornien wie eine hübsche junge Frau in den Äther: „Der Sender mit dem Vögelchen.“ Die kleinen Sender von Pensacola in Florida und Providence im Norden sind auf sich nicht wenig stolz. Der eine kündigt sich an: „Wundervolle Stadt des Fortschritts“, und der andere sagt bescheiden von seinem Programm: „Wir unterhalten eine Nation.“ Es gibt sogar einen Haufen von Poeten in diesen Schlagworten, so wenn das wirklich märchenhaft schöne Miami durch eine symphonische Frauenstimme den 36 Millionen Radiohörer in Amerika sagen läßt, die Musik, welche sie jetzt hören, käme von Miami, der wunderbaren Insel der Träume. Oder wenn Grand Rapids in Michigan von seinem Sender sagt, er sei die „Stimme der künftigen Tannen“. Es fehlt weder Humor noch Menschlichkeit in diesen Jurufen. Richmond in Virginia sagt seinen Hörern: „Ich führe dich zurück ins alte Virginia“, und Boston, die nordöstliche Riesengestalt Amerikas, sagt einfach von ihrem Sender, er sei „Die Stimme des Freundes“.

Natürlich fehlt es auch nicht an handgreiflicher Reklame. Anzeigen bringen die hier ein Vermögen“ klüffert uns die reichlich unbekannte Stadt Topeka in Kansas zu. Floridische Städte sagen von jeder Programmnummer ihres Senders: „Kommen Sie in unsere Stadt des ewigen Frühlings.“ Galveston in Texas meint etwas übertrieben, es sei die Stadt des immerwährenden Sonnenschein, und Trenton im Staate New York ruft selbstbewußt: „Trenton macht es, die Welt nimmt es entgegen.“ Den Vogel schießt aber ein in aller Welt unbekannter Privatseher im Staate Indiana ab,

denn er nennt sich: „Die erste Strompfeifenband im Äther.“ Es ist also fast eine Dichtung in Senderlogos entstanden, die unbewußt die ganze merkwürdige Seele des Yankee spiegelt, das Praktische und doch wieder heimlich Schnäpliche, Humornolle und wieder ganz Unzugängliche, vor allem aber die tiefe Menschlichkeit im Guten und Schlechten, die zutiefst in dieser neuen amerikanischen Menschenmasse wurzelt.

Moderne Lesemaschinen

Wenn man Bücher in mikroskopischer Schrift herstellt, dann können die dicksten, mehrbändigen Werke in kleine Broschüren zusammengedrängt werden, und es ergeben sich dadurch manche Vorteile. Aber das Lesen dieser winzigen Drucks ist keine leichte Aufgabe. Um diese zu ermöglichen, sind jetzt in Amerika zwei neue Erfindungen gemacht worden, über die Egon Eisenhauer im Buchhändler-Börseblatt berichtet. Die eine Erfindung ist von dem Admiral Bradley A. Foote gemacht worden, der mit dieser Lesemaschine unter den Literaturfreunden zahlreiche Interessenten zu gewinnen hofft. Sie wiegt nur 120 Gramm und hat die Form einer Zigarette, durch die der Leser mit Hilfe eines Vergrößerungsglases den Inhalt einer Karte, auf der 43 gewöhnliche Druckzeilen in mikroskopischer Schrift wiedergegeben sind, mit nur einem Auge bequem verfolgen kann, während durch einen Fingerdruck die Schrift vorübergleitet. Unter Verwendung dieser Lesemaschine können technische Bücher studiert werden, die sonst wegen des beschränkten Leserkreises nicht veröffentlicht würden und deren Druck in mikroskopischer Form nicht viel kostet. Der Erfinder hofft, daß auch bald klassische und moderne Literaturwerke auf diese Weise veröffentlicht werden können, für die dann die Lesemaschine benutzt werden kann. Das entgegengesetzte Prinzip vertritt eine andere Erfindung, durch die die Seiten eines Buches, nachdem sie mit Hilfe des Mikrostops in winziger Schrift photographisch vervielfältigt worden sind, durch einen Projektionsapparat als Filme in starker Vergrößerung auf eine Wandfläche gemalt werden. Man kann auf diese Weise den Inhalt eines ganzen Romans auf einen Streifen bringen. Eine ganze Reihe Bücher könnte im Umfang einer Broschüre in solcher mikroskopischer Wiedergabe verfaßt werden und wäre mit einer der beiden Lesemaschinen leicht lesbar.

Sicherheitsglas

Das Sprichwort „Glück und Glas, wie leicht bricht das“ stimmt nicht mehr. Es gibt jetzt Glas, das kaum bricht, und anderes, das nicht splittert. Ueber seine Herstellung erfährt man Näheres auf der Berliner Tagung der Deutschen Glastechnischen Gesellschaft durch Diplomingenieur Ardeny. Seit 1902 versucht man Sicherheitsglas zu fabrizieren. Das vorläufig beste, das sogenannte Sandwichglas, besteht aus zwei Glasplatten, die eine Zelluloidschicht umschließen. Nach maschineller Reinigung der Glasscheiben wird eine Seite mit einer Gelatineschicht besprüht. Auf diese wird das Zelluloidblatt gedrückt, das durch erwärmten Alkohol haftfähig gemacht wurde. Die beiden Glasscheiben mit dem eingeschlossenen Zelluloidblatt werden etwa fünf Minuten lang in einer Temperatur bis zu 150 Grad mit einem Druck von 5 bis 15 Atmosphären zusammengedrückt. Dieses Sandwichglas bietet außer dem Nichtsplittern den Vorteil der Absorption der ultravioletten, schädlichen Strahlen. Ein anderes Verfahren gibt einzelnen Glasscheiben durch Behandlung mit verschiedenen Temperaturen eine außerordentliche Festigkeit. Die Prüfung dieses Glases geschieht durch Aufschlag schwerer Kugeln aus bestimmter Höhe. Die Produktion von Sicherheitsglas betrug im Jahre 1929 in Amerika etwa eine Million Quadratmeter, in England, wo fast sämtliche Autos damit ausgestattet sind, 300 000 und in Deutschland nur einige tausend Quadratmeter. Außer bei den Verkehrsmitteln diente das Sicherheitsglas vor allem bei Schanzentoren und Schutzbrillen immer größere Verwendung finden.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
 Einleitungen für die Arbeit nur an den Jugendvereinen.
 Berlin 631 68, Lindenstraße 3

Heute, 19 1/2 Uhr Berufsgruppen-Versammlungen:
 Kunststoffe: Schule Köpenick, 13 Köpenickerstr., 631 68, Referent: Ludwig
 Fischer. — Metallindustrie: Schule Köpenick, 13 Köpenickerstr., 631 68, Referent: Kurt
 Fischer. — Metallindustrie: Sitzungssaal des Reichsgerichts, Prenzlauer Berg, 3, 33,
 Referent: Kurt Fischer.

Treffpunkte der Abteilungen:
 Krawallplatz: 18 1/2 Uhr, Referent: Kurt Fischer. — Prenzlauer Berg: 19 Uhr,
 Referent: Kurt Fischer. — Köpenick: 19 Uhr, Referent: Kurt Fischer.

Wetterausblick für Berlin: Reicht fast bewölkt, milder.
 Regenfälle, stark auffrischende Winde aus südwestlichen bis west-
 lichen Richtungen. — Für Deutschland: Im Osten keine nennens-
 werten Niederschläge, im ganzen übrigen Reichs milderes Wetter
 mit vorbereiteten Regenfällen, an der Nordküste starke Winde.

Leute zu Tietz: Gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Preise nur Dienstag und Mittwoch. Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten.

Frisches Fleisch Schweinebauch o. Bällage Pfd. 0,88 Schweineschinken w. Blatt Pfd. 0,90 Schweinekamm od. Schult. Pfd. 1,08 Schweinekotelett Pfd. v. 1,12 Kassler m. f. d. Pfd. von 1,04 Rückenfett braunfärbig ohne Schwarze Pfd. 0,78 Eisbein mit Splitzbein, gepökelt Pfd. 0,74 Kalbskamm o. Bällage Pfd. 0,82 Kalbsbrust od. Rücken Pfd. 0,92 Suppenfleisch Pfd. von 0,88 Bratwurst Berliner Art Pfd. 0,98 Schweineköpfe mit Backe Pfd. 0,48 Rinderbacken o. Knochen Pfd. 0,58 Gefrierfleisch Hammelvorderfleisch Pfd. 0,64 Hammelrücken Pfd. 0,74 Suppenfleisch Pfd. 0,68 Rinderleber Pfd. 1,18	Suppenhühner Pfd. von 0,95 Gänse Pfd. von 0,95 Hirschrücken Pfd. von 1,15 Wildkochfleisch Pfd. von 0,48 Hasen gestreift Pfd. von 0,95 Billige Weine! 1929er Obermoseler 1929er Gaubinkelheimer Goldberg Naturgewächs W. Becker bei 10 Fl. 0,85 bei 20 Fl. 0,82 Preise ohne Flasche	Fische Kabeljau ohne Kopf Pfd. 0,26 Roibars Pfd. 0,26 Seelachs ohne Kopf Pfd. 0,26 Schellfisch mit Kopf Pfd. 0,24 Kabeljaufilet Pfd. 0,42 in allen Häusern außer Anhalterstrasse	Räucherwaren Bücklinge Pfd. von 0,40 Seelachs Pfd. 0,42 Schellfisch Pfd. 0,48 Roibars Pfd. 0,50 Makrelen Pfd. 0,52 Fettheringe l. Tomat. Pfd. 0,58	Wurstwaren Rot- od. Leberwurst Pfd. 0,68 Fetter Speck Pfd. 0,98 Dampfurst Pfd. 0,98 ff. Leberwurst Pfd. 1,30 Teewurst Pfd. 1,60 Schinken gek. Pfd. 0,45
Margarine Pfd. 0,40	Kolonialwaren Pflaumen Pfd. 0,35 Backobst Pfd. 0,46 Kalif. Pfirsiche Pfd. 0,58 Aprikosen Pfd. 0,72 Kakao Pfd. 0,58	Obst Mandarinen Pfd. 0,28 Apfelsinen 3 Pfd. 0,85 Amer. Tafeläpfel Pfd. 0,38 Walnüsse Pfd. 0,48 Kranzfeigen Pfd. 0,28	Gemüse Grünkohl Pfd. 0,10 Rot-, Weiss- und Wirsingkohl Pfd. 0,04 Möhren gewaschen Pfd. 0,04 Sellerie 3 Pfd. 0,20 Rosenkohl 2 Pfd. 0,45	Käse und Fette Tilsiter vollfett Pfd. 0,84 Edamer od. Holl. Pfd. 0,90 Molkereibutter Pfd. 1,38 Dän. Butter Pfd. 1,68

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 23. 11.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 8 A.-V. 19 1/2 Uhr
Aida
 Ende nach 22 1/2 Uhr

Dienstag, 23. 11.
Städt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus II
 20 Uhr
Armer Columbus
 Ende nach 22 1/2 Uhr

Dienstag, 23. 11.
Staats-Oper
 am Platz der Republik
 V.-B. 20 Uhr
Der Barbier von Sevilla
 Ende nach 22 1/2 Uhr

Dienstag, 23. 11.
Städt. Schiller-Theater
 Charlifbg.
 20 Uhr
NORA
 Ende nach 22 1/2 Uhr

Winter Garten
 8.15 Uhr — Zauber erlaubt
 24 Theaterrollen, Carr's u. Betty
 Das Tonphänomen Linder usw.

Volksbühne
 Theater am Blümlplatz
 8 Uhr
Die Matrozen von Cattaro

Städt. Schiller-Theater
 8 Uhr
Nora

Theater am Schiffbauerdamm
 8 1/2 Uhr
Dreigroschenoper

Staatsoper
 am Pl. d. Republik
 8 Uhr
Der Barbier von Sevilla

LIGHT BURG
 Die Bühnenwürdigkeit Berlins
 Die führende Variete- und Filmtheater
 Direktion: Luis Gutman
Berlin-Gesundbrunnen
 Des großen Erfolges wegen bis
 27. November verlängert
 Ein ganz besonders ausverkauftes,
 erschlaffendes Programm
 Ein Variete-Programm über-
 raschender Klasse
 Lichtburg-Orchester Franco Fedeli
 Lillian Helms, die Universal-Künst-
 lerin. Musik und Tanz in höchster
 Vollendung.
 Freddy, der neue Pordier. Ein großer
 Lacherfolg!
 Die sieben Greter Antonen, un-
 überbietliche ikerische Spiel.
 Harlan & Broce, parodistisch-akro-
 batischer Akt. Kunst und Humor
 Der neueste und beste Tonfilm

Brand in der Oper
 Regie: Carl Froelich
 Hauptdarsteller: Alex. Engelström,
 G. Fröhlich, Gustaf Gründgens
 Wochentags: 4, 5 1/2, 8 1/2 Uhr
 Sonntags: 3, 5 1/2, 8 1/2 Uhr
 Eintrittspreise: RM 1,-, 1,20, 1,50
 (Logen 2,-) — Vorverkauf ab 12 Uhr
 ununterbrochen für 7 Tage im voraus

GROSSES SCHAUSPIEL- HAUS
 TAGL 8 UHR
Im weissen Rössl
 Singspiel in vielen Bildern
 Cam. Spira, Hansen, Liska, Wellburg,
 Arno, Jankuhn, Paul Hörbiger, Lena,
 Schaeffers, Winkeltorn, Holl, Deant,
 Stark-Göttingerbauer,
 Original Tiroler Watschenzänzer,
 Original Tiroler Jodeler-Quintett,
 Musik-Trio aus Schliersee.
 Jazz-Band / Girls u. Boys / Grosse Chöre.
 Der Zeit entsprechend sind, trotz des
 festlichen Anlasses, alle Preise
 die Kassenspreise um 25% mäßig.

Sonntag 3 Uhr Originalbesetzung
 Nachmittags Billige Preise.
 Regie: Erik Charell

Theater I. d. Behrenstr. 53-54
 Direktion: Ralph Arthur Roberts
 8 1/2 Uhr
Große Woche in Baden-Baden.
 Roberts, English, Lennertz, de Kowa.

Deutsches Künstler-Theat.
 Gärtn. 2937. 8 1/2 Uhr
 Letzte 7 Aufführungen!
Jim und Jill
 Erich Mackahn, Harold
 Penton.

Renaissance-Theater
 Steinplatz 4750
 8 1/2 Uhr
Voruntersuchung
 von Max Alberg
 und O. E. Heise

Pincator-Bühne
 (Wallner-Theater)
 Alex. 4992-93.
 8 1/2 Uhr
Die Tat
 v. L. H. H. 8 1/2 Uhr
 Ab Freitag 8 1/2 Uhr
 Preise 0,50-6,00 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Donnerstag, den 27. November,
 abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Dresdener Straße 44
Versammlung
 der Gold- und Silberschmied-
 Zergesetzgebung.
 1. Bericht.
 2. Beschlüsse.
 3. Beschlüsse.
 4. Beschlüsse.
 5. Beschlüsse.
 6. Beschlüsse.
 7. Beschlüsse.
 8. Beschlüsse.
 9. Beschlüsse.
 10. Beschlüsse.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Donnerstag, den 27. November,
 abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Dresdener Straße 44
Versammlung
 der Gold- und Silberschmied-
 Zergesetzgebung.
 1. Bericht.
 2. Beschlüsse.
 3. Beschlüsse.
 4. Beschlüsse.
 5. Beschlüsse.
 6. Beschlüsse.
 7. Beschlüsse.
 8. Beschlüsse.
 9. Beschlüsse.
 10. Beschlüsse.

SCALA
 Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 8 u. 9 Uhr. 9230
 Tägl. 1-5 M. — Nachm. halbe Preise.
Rastelli
 „Der Meister aller
 Jongleure“
 Carlo-Medini-
 Truppe usw.

PLAZA
 Tägl. 5 u. 8 1/2
 Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2
 Alex. E. 4, 8066
 I. Vorstellung 50 Pl. bis 1 M.
 II. und III. Vorst. 1 bis 2 M.
Raubritzer Truppe,
 Singing Babies, Kohlbrennd
 und weitere 3 Attraktionen

Achtung!
**Das 600.- Mark-
 Preisrätsel d. Plaza**
 23. 11. in bar.
 Näheres i. d. Ztg. Vorstellungen

Deutsches Theater
 8 Uhr
 Heute zum 25. Male:
Elisabeth von England
 von Paul Erckener
 Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
 8 1/2 Uhr
Die zärtlichen Verwandten
 von Heinrich Heine
 Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
 8 1/2 Uhr
 Heute zum 75. Male:
Der Schwierige
 von Hugo von Hofmannsthal
 Regie: Max Reinhardt

CIRCUS BUSCH
 Tägl. 2 Vorst. — Tel. Weidendamm 3640,
 nachm. 4, 5, 8 1/2, 10 1/2 Uhr
 abends 2, 3, 5, 8 1/2, 10 1/2 Uhr
 Intern. Circus- u. Varietè-Programm.

Reichshallen-Theater
 Klubtheater 8 1/2 und Sonntag, nachm. 3 1/2
Stettiner Sänger
 „Pepita vor Gericht“
 und das andere große Programm!
 Nachm. halbe Preise!
 Tel.: Zentrum 17263
Dönhoff-Brett!
 Das große Varietè-Programm! Total!

ROSE
 -Theater
 Gr. Frankfurter Straße 102
 Billettkasse: Alex. 3422 u. 3494
 Täglich 8.15 Uhr
 (Sonntags 7 u. 10 1/2 Uhr)
 Sonntags 2 u. 5 1/2 Uhr
 „Der Diener zweier Herren“
 „Die schöne Galathea“
 „Erster Klasse“

Ab heute wieder
Familien-Nachmittage
 Jeden Montag 8 1/2, 10 1/2, 12 1/2 Uhr
 Jeden Dienstag, Donnerstag,
 und Freitag 8 1/2 Uhr
 „Familien-Nachmittage“
 Preise von 30 Pl. bis 1,50 M.
 Garderobe u. Progr. je 10 Pl.
 Kaffee mit Kuchen, Bier m.
 Salatstange je 25 Pl.
 Kinder haben Zutritt.

Das Mädel am Steuer
 Operette v. Gilbert

**Innenkrankenkasse der Innung vereinigter
 Druckereibesitzer Groß-Berlins, Berlin SW. 61,
 Belle-Alliancestr. 16.**
 Die vom Ausschuss am 29. August 1930
 beschlossene 4. Satzungsänderung, betreffend
 die §§ 2, 3, 4, 5, 6, 7, 11, 12, 13, 14, 17, 18,
 21, 22, 23, 25, 27, 31, 32, 33, 34, 35, 36,
 37 und 79 ist vom Oberverwaltungsamt
 Berlin mit Ausnahme des § 35, Absatz
 III c genehmigt worden.
 Die Satzungsänderung befindet sich im
 Druck und ist in den nächsten Tagen im
 Referat erhältlich.
 Berlin, den 25. November 1930.
 Der Vorstand:
 3. V. Eugen Jockel, Vorsitzender

**Donnerstag, den 27. November,
 abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus
 (Gärtnerstr. 24/25 (Saal III))
**Branchen-Versammlung
 der Drahtarbeiter**
 Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zum Entwurf des
 Tarifvertrages.
 2. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.
 3. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.
 4. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.
 5. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.
 6. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.
 7. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.
 8. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.
 9. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.
 10. Beschlüsse- und Beschlüsse-
 heiten.**

CASINO-THEATER
 Lothringers Straße 37.
 Nur noch bis 30. November
Arm wie eine Kirchenmaus
 und das erste bunte Programm
 Am 1. Dezember zum ersten Male:
Der keusche Lebemann
 Gutschein 1-4 Pers. Postzeit 1,25 M.
 Sessel 1,75 M. — Sonntage Preise:
 Rang 60. Parkett 75 Pl.

**Rennen zu
 Strausberg**
 Dienstag, 25. November
 nachmittags 1 Uhr

Lustspielhaus
 Täglich 8 1/2 Uhr
Kurt Götz
 in
Hokuspokus

Metropol-Theater
 Täglich 8 1/2
 sowie Sonntag 4 1/2 Uhr
 Sensationeller
 Operettenerfolg!
**Viktoria
 und ihr Husar**

Rose-Theater
 Gr. Frankfurter Str. 132
 Tel. Alex. 3422 u. 3494
 8 1/2 Uhr
**Peterchens
 Mondfahrt**
 8 1/2 Uhr:
**Der Diener
 zweier Herren**
 Die schöne
 Galathea
 Erster Klasse

Philharmonie
 8 Uhr
Sinfonie-Konzert
 d. Philharmon. Orch.
 Dir. Prof. J. Pröwer
 Viol.-Konzert 4ter-Haupt
 (Goldberg). 1. Viol.-Stimmen
 Eintritt 1 M.

Neues Theater
 am Zoo
 am Bahnh. Zoo. Stpl. 6554
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Ich beiräth dich
 nur aus Liebe**
 mit Emmy Stern als Gast.
 Mittwoch 4 Uhr
 Krach um Leutnant
 Blumenlhal

611c-Sänger
 Kostbuser Str. 6
 F. & Oberh. 6070
 Tägl. 8 1/2 U. auch
 Sonntag 3 1/2 Uhr
 Die Revue im Namen:
 „Wir lachen uns kaputt“
 mit
 Lotta Werk-
 meister
 Musik von
 Will Esen-
 wig
 und
 Geydard Hoff
 Kapell. 11-2. Danks. 11-1.

Wo mietet man ein Zimmer?
 findet man größeres Entgeltkommen als bei einer
 seit Jahrzehnten bestehenden gemeinnützigen Bau-
 genossenschaft? Es
 mietet man ein Zimmer
 sich am vorteilhaftesten eine 14- bis 17-Zimmer-
 wohnung in unseren Blocks in Charlottenburg, Segnitz,
 Reinickendorf-West, Wilmersdorf. Daher versäume
 man nicht nach unseren Hauszinssteuer-Wohnungen
 und Zusatzhypotheken-Wohnungen ohne Baukosten-
 zuschüsse, Auskunftsgebühren oder ähnliches an-
 zutragen und überzeuge sich selbst, wie
 günstig unsere Bedingungen sind.
 Auskunft mündl. 8-19 Uhr, Sonntags 9-13 Uhr
 Fernsprecher: Wilhelm 4366 u. 2499
Charlottenburger Baugenossenschaft e. d. m. b. H.
 Charlottenburg, Eosanderstraße 4
 (Nähe U-Bahn Wilhelmplatz)

Berliner Theater
 Dönh. 623, 626.
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Ein
Walzertraum
 Musik von
 Oskar Straus.

„Ich bitte um die Hand Ihrer Tochter.“
„Ja, sind Sie denn in der Lage zu heiraten —
stehen Sie auf so festen Füßen?“
„Doch, doch auf sehr gesunden Füßen, wo ich doch
immer „Lebewohl“ nehme, Herr Goldfuchs!“
 Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen
 Autoren empfohlene Heilmittel „Lebewohl“ und
 Lebewohl-Ballenchen. Die Dose (5 Pfennig)
 75 Pl. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße
 und Fußschwellen, Schachtel (2 Bäder) 50 Pl. erhältlich
 in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Ent-
 scheidungen erlösen wollen, verlangen Sie ausdrück-
 lich das echte Lebewohl in Blechdosen und
 weisen scharf angeblich „schonendere“ Mittel zurück.